

Protokoll:

Herr Oberbürgermeister Langner: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie im Sozialausschuss ganz herzlich in Vertretung der Bürgermeisterin, die leider dauerhaft erkrankt ist und deswegen an der Sitzung heute nicht teilnehmen kann. Sie müssen insofern heute mit mir vorliebnehmen und ich bemühe mich, mit tatkräftiger Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung, diesen Ausschuss bzw. diese Expertenanhörung gut über die Bühne zu bringen. Ich freue mich, dass ich Sie hier als Mitglieder des Sozialausschusses, aber natürlich vor allem die Expertinnen und Experten, ganz herzlich begrüßen darf. Da ich ja nicht so oft hier bin, freue ich mich außerdem, dass ich Bürgerinnen und Bürger und die Kolleginnen und Kollegen der Presse begrüßen darf. Ich stelle fest, dass wir ordnungsgemäß eingeladen haben und auch beschlussfähig sind. Wir haben heute die öffentliche Tagesordnung mit der Expertenanhörung zur sozialen Situation am Hauptbahnhof, Mitteilungen der Verwaltung und Verschiedenes und in der nicht öffentlichen Sitzung Verschiedenes. Gibt es noch Anregungen oder Anmerkungen zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, dann können wir die Tagesordnung als genehmigt ansehen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 15. März dieses Jahres auf Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 27 „Einrichtung einer öffentlichen Toilette auf dem Vorplatzgelände Hauptbahnhof“ den Beschluss gefasst, dass wir die Durchführung einer Expertenanhörung in einer Sitzung des Sozialausschusses angehen, um dem sozialen Brennpunkt am Hauptbahnhof entgegenzuwirken. Ich glaube, alle Versammelten, die heute hier sind, wissen, wovon ich spreche, sonst wären sie wahrscheinlich nicht hier. Insofern will ich dazu keine weiteren Ausführungen machen und wir wollen heute, wie das Sinn und Zweck einer Expertenanhörung ist, natürlich auch die Experten anhören und nicht den Oberbürgermeister, der seine Meinung dazu sagt. Das ist vielleicht ein guter Hinweis für alle Beteiligten: wir haben heute keine Erörterung oder Aussprache in der Sitzung, sondern hören lediglich die Expertinnen und Experten an. Natürlich können Sach- und Verständnisfragen gestellt werden. Aber es soll keine Bewertung der einzelnen Positionen geben. Diese wird dann in einer gesonderten Sitzung erfolgen. Ich werde mich bemühen, mit der Unterstützung von links und rechts, das auch einzuhalten. Ich sage schon einmal Herrn Fries vom Stadtentwicklungsbüro Fries, dass er sich fertig machen kann und gleich der Erste ist. Wir haben ein paar Absagen von Experten, die eingeladen worden sind, aber heute nicht teilnehmen. Das sind das Diakonische Werk, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und der Verein für Bewährungshilfe. Keine Rückmeldung haben wir von Bethesda-St. Martin gGmbH, Steg e.V. und vom Dekanat Koblenz bekommen. Die Expertinnen und Experten haben den Auftrag, 10 Minuten aus ihrem Sachgebiet zu der Thematik zu sprechen. Ich bitte Sie, sich daran zu halten. Sie wissen, dass nach spätestens 10 Minuten die Aufmerksamkeit der Zuhörenden schwindet. Das liegt nicht an Ihnen und dem Fachvortrag, sondern in der Natur des Menschen. Von daher ist es auch in Ihrem Interesse, dass sie die wesentlichen Punkte innerhalb der 10 Minuten unterbringen. Es sind insgesamt 10 Anzuhörende. Dann können wir anfangen. Herr Dr. Fries, Sie sind der Erste und Sie haben das Wort. Ich würde vorschlagen, dass Fragen dann bitte am Schluss des Vortrages gestellt werden. Diese also am besten kurz notieren und anschließend die Fragen stellen. Bitte, Herr Fries.

Herr Dr. Fries: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Meine Damen, meine Herren, Sie werden sich fragen, was einen Schwaben qualifiziert, über dieses Thema zu berichten. Es sind unterschiedliche Punkte: zum einen habe ich ein Sozialplanungs- und Stadtentwicklungsbüro mit Sitz in Stuttgart und in Speyer. Daher bin ich in vielen kleinen und großen Städten unterwegs und kenne diese Situation. Ich habe gemeinsam bearbeitet mit der Polizei die polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, eine Arbeitshilfe zur Qualitätssicherung in der Polizeiarbeit. Ich habe für das deutsche Forum für Kriminalprävention Polizeibeamte geschult, wie man mit kriminalpräventiven Projekten umgehen und wie man diese auch messen kann, um zu sehen, ob so ein Projekt dann schlussendlich erfolgreich

war oder nicht. Auch das wird noch eine Fragestellung sein. Ich habe Fortbildungsveranstaltungen gemacht für die Leitstelle für Kriminalprävention und bin für dieses Thema, Evaluation von kriminalpräventiven Projekten, im ganzen Bundesgebiet unterwegs. Des Weiteren habe ich auch die ein oder anderen Vor-Ort-Kenntnisse. Ich steige öfters am Koblenzer Bahnhof aus und erlebe subjektiv, das ist ein wichtiges Kriterium, diese Situation. Mein Büro hat seit 1 ½ Jahren den Auftrag, in Koblenz-Neuendorf das Programm Soziale Stadt zu begleiten. Ich denke: sehr erfolgreich. Wir haben jetzt einige Dinge richtig gut anschieben können. Und in meiner Quartiersmanagerart denke ich, dass dies gut bekannt ist. Ich begleite dieses Projekt und deshalb kenne ich auch diese Situation hier vor Ort. Ich kenne auch die Verwaltung und natürlich auch die Polizeiarbeit, weil wir auch in den Netzwerken zusammenarbeiten. Von dem her denke ich, habe ich ein überörtliches Bild, aber durchaus auch einen lokalen Bezug. Vielleicht in Kürze zu mir. Ich bin dankbar dafür, dass ich am Anfang da sein kann und ich werde die 10 Minuten gut einhalten können. Ich möchte Ihnen einfach mal ein bisschen was strategisch auf den Weg mitgeben. Hier sitzen viele Akteure, die die Situation wirklich vor Ort kennen. Aber solche Projekte und solche Themen anzupacken – das funktioniert nur, und da sind Sie ja auf dem Weg, wenn man die Ausgangslage klar definiert. Zu schauen, was sind meine Zielgruppen? Wer hat welches Interesse tatsächlich dort vor Ort, um Veränderungsprozesse anzuschieben? Wo sind die Probleme? Was denken die Bürgerinnen und Bürger, wenn Sie auf dem Platz gehen? Wie ist deren Empfinden? Das sind ganz wichtige Punkte und auch die Ressourcen eines solchen Platzes einmal zu identifizieren. Welche Akteure tragen denn zu einem positiven Bild eines solchen Platzes bei? Und wenn man aus diesen ganzen unterschiedlichen Sammlungen, die wir heute haben, das zusammenfasst, ist es dann wichtig, gemeinsam Ziele zu formulieren. Das hört sich alles sehr banal an. Aber diese gemeinsame Zielformulierung ist schon gar nicht so einfach, weil die Polizei vielleicht andere Ziele hat als das Jugendamt oder andere Akteure oder auch die Stadtplaner. Von dem her muss man sich hier auf eine gemeinsame Strategie verständigen. Wie das subjektive Sicherheitsempfinden verbessert werden kann, also auch die objektive Sicherheitslage. Das ist die Basis. Wir sprechen hier vom Eingangstor der Stadt Koblenz. Und das ist so ein wichtiger Platz, den man einfach stärker im Fokus haben muss. Und die Situation muss verbessert werden. Sie können sich vorstellen, es hängt an Informationen. Es geht nicht ohne die Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, hier muss man fragen, wo die Bürgerinnen und Bürger ihr Interesse haben und dieses Anliegen, ähnlich wie es heute der Fall ist, öffentlich machen. Nicht nur immer über Probleme reden, sondern auch über Stärken und Potenziale. Das ist ganz entscheidend, wenn man so ein Thema angeht. Und auch zu gucken, mit welchen Methoden erreiche ich das denn, und was sind schlussendlich die Ergebnisse. Mache ich eine Sicherheitsbefragung? Oder Begehungen vor Ort? Mache ich Aktionen? Filmprojekte mit Jugendlichen? Wie findet die Einzelfallansprache statt, beispielsweise mit den Obdachlosen? Wer kümmert sich um die Gewerbebetriebe? Das sind alles zentrale Fragen, die beantwortet werden müssen und die dann schlussendlich in ein Maßnahmenkonzept einfließen müssen und die kurz-, mittel- und langfristig dann abgearbeitet werden müssen. Und was ganz wichtig ist, ist das Thema horizontale Steuerung innerhalb der Stadt. Ähnlich, wie wir es aus der Stadtentwicklung kennen. Es reicht nicht aus, wenn das Jugendamt hier tätig wird, sondern hier haben verschiedene Ämter die Aufgabe zusammenzuwirken. Denn nur gemeinsam wird es funktionieren, mit einer gemeinsamen Strategie. Und dann ist zu schauen, wer sind meine starken externen Partner. Hier geht es auch um wirtschaftliche Faktoren - Thema Leerstand. Wer hat Interesse und kann sich an so einem Gesamtkonzept beteiligen? Das sind die Fragestellungen, die man bearbeiten muss, um erfolgreich so ein Thema schlussendlich zu bearbeiten. Veränderung braucht auch Zeit. Ich würde davon abraten, in Aktionismus zu verfallen. Zu sagen: jetzt müssen wir hier ganz schnell agieren und eine Maßnahme machen, die vielleicht gar keinen Sinn macht. Sondern wirklich zielgerichtet gucken: was ist möglich? Auch kurzfristig möglich? Einverstanden. Aber es braucht Zeit. Sensibilisierungsprozesse brauchen Zeit, um so eine Imageveränderung herbeizuführen. Es geht um das Image dieses Platzes. Wenn es um Gewerbeansiedlung geht, wenn es um das subjektive Sicherheitsempfinden geht: da geht es um Imagebildung, auch um Adressbildung. Was für eine Adresse hat dieser Platz? Da müssen alle dazu

beitragen und sich das Thema Städtebau und Kriminalprävention nochmal genauer anschauen. Wie sind die Plätze, wie ist der Platz aktuell zониert? Gibt es da Veränderungsmöglichkeiten? Wie sieht es mit der Beleuchtungssituation dieses Platzes aus? Dann auch den Platz mit attraktiven hochwertigen Nutzungen belegen. Ich sage jetzt nicht mit einem attraktiven Spielplatz. Nein. Aber einfach sich mal Gedanken zu machen, wie kann man Leben auf den Platz bringen? Weil: ist Leben da, ist Aktivität da. Dann steigert sich auch mein subjektives Sicherheitsempfinden. Aber natürlich ist auch immer auf der einen Seite die Aufenthaltsqualität und auf der anderen Seite das Thema Sicherheit zu betrachten und genau abzuwägen, was Sinn macht und was keinen Sinn macht. Das Thema Sicherheit geht natürlich auch einher mit dem Thema Sauberkeit. Auch da muss geschaut werden, dass permanent dieser Platz in Ordnung gehalten und schnell reagiert wird. Deshalb habe ich hier davon gesprochen, dass wir einen Ansprechpartner brauchen, der sich verantwortlich fühlt und der sofort reagiert. Das heißt bei Alarmzeichen „rot“ werden dementsprechend die Partner eingeschaltet, die sich einem solchen Konzept unterordnen - so möchte ich es mal bezeichnen - und dann die Aufgabe haben zu reagieren. Nur dann werde ich langfristig Erfolg haben. Wir haben einen Platz, den Berliner Platz in Speyer. Als dieser Platz eröffnet wurde, haben wir mit dem jetzigen Polizeipräsidenten, der jetzt in Koblenz ist und früher in Ludwigshafen war, ein Projekt gemacht, das wir dementsprechend verfolgt haben. Es waren dort ca. 300 Polizeieinsätze im Jahr. Der Platz ist schlussendlich umgestaltet worden: man hat ein Bespielungskonzept hinterlegt, man hat Ansprechpartner gefunden. Das Ordnungsamt ist mit eingestiegen. Die Polizei war mit dabei. Wir haben jetzt die Daten bekommen und die Polizei fährt noch drei Mal im Jahr auf den Platz. Ich möchte jetzt den Platz nicht vergleichen mit der Eingangssituation an Ihrem Hauptbahnhof, aber die Strategie kann erfolgreich sein. Das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben. Sie haben genügend Expertinnen und Experten mit Ortskenntnissen, die Ihnen dabei helfen, genau das zu tun und dieses Projekt gut aufzusetzen. Es geht nur im Netzwerk, es geht nur fachbereichsübergreifend und unter der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Dr. Fries. Gibt es Fragen? Herr Paul.

Herr Paul: Ich habe zwei Fragen. Frage 1: Sie haben jetzt insgesamt in Ihrem Kurzvortrag dreimal auf die Gewerbetreibenden abgehoben. Sie haben auch von Leerstand, Geschäftsmöglichkeiten und Geschäftsperspektiven gesprochen. Finden Sie es nicht sinnvoll, dass man in diesen Diskussionsprozess die Gewerbetreibenden einbindet und eben deren Erfahrungen am Platz auch sammelt als Steuerzahler? Das wäre doch eigentlich eine gute Idee. Frage 2: Sie haben eben gesagt, dass in Speyer auch Baumaßnahmen zu einer Veränderung des Sicherheitsgefühls, also des Lebenswertes geführt haben. Beim Bahnhofsvorplatz ist es so, dass dort das Element Beton sehr stark vertreten ist. Wir haben diese ganz große Fläche. Wäre es nicht sinnvoll, dass man vielleicht eine architektonische Veränderung im Hinblick auf eine Begrünung vornimmt, um vielleicht den Lebenswert zu steigern? Wir haben ja diese große Betonfläche, die ich nicht besonders ansprechend finde. Man könnte vielleicht bei einer architektonischen Veränderung überlegen, wenn Sie die vorschlagen würden, dass man dort Veranstaltungen anders anbieten kann. Das sind die zwei Fragen.

Herr Dr. Fries: Zu Ihrer ersten Frage: deshalb habe ich diese Akteure, die Sie gerade benannt haben, dreimal erwähnt, weil ich die als besonders wichtig empfinde. Natürlich sind die ein Teil dieses Gesamtkonzeptes. Die müssen Teil dieses Gesamtkonzeptes sein und ich habe sogar drauf hingewiesen, dass die auch monetäre finanzielle Interessen haben mit einzusteigen. Damit man hier ein verändertes Bild vor Ort hinkommt. Die zweite Frage kann ich Ihnen so nicht beantworten. Es kann sein, dass das hilft. Aber es ist abhängig von dem Gesamtkonzept. Die Stadtplanung muss Ideen

entwickeln, wie man dieses vor dem Hintergrund eines Gesamtkonzeptes vielleicht überarbeiten kann. Das können kleinere bauliche Maßnahmen sein, aber auch größere. Man muss dann das Thema Beleuchtung und das Thema Bespielung sehen. Deshalb kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob es Sinn macht, dort eine Grünfläche anzulegen oder nicht, sondern das muss Teil dieses Gesamtkonzeptes sein. Und dann kann es durchaus Sinn machen, so wie Sie sagen, das entsprechend zu gestalten.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen an Herrn Dr. Fries? Das sehe ich nicht. Herr Dr. Fries, vielen Dank für Ihren Vortrag. In diesem Sinne begrüße ich Herrn Prof. Frietsch und Herrn Dr. Holbach von der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften. Herr Prof. Frietsch Sie dürfen dann loslegen.

Herr Prof. Dr. Frietsch: Vielen Dank für die Einladung. Wir sind zum einen berechtigt hier zu sprechen, da wir 2005 eine Befragung „Menschen ohne Wohnung“ in der Schloßstraße vorgenommen haben. Weiterhin qualifiziert uns, dass wir vor kurzem ein Hochschul-Landesmodellprojekt abgeschlossen haben, in dem es um Wohnungslosigkeit und Schnittstellenmanagement in der Region Koblenz geht. Das heißt, wir haben die Problemlagen von Wohnungslosen erhoben und damit auch die Problemlagen von Leuten, die sich auf öffentlichen Plätzen und insofern auch am Bahnhof aufhalten. Wir gehen nicht vom Sicherheitsaspekt aus. Wir gehen davon aus, was das für Leute sind, die sich am Bahnhof oder auf öffentlichen Plätzen aufhalten. Und da sehen wir, dass die Personen an erster Stelle familiäre Probleme, an zweiter Stelle Suchtprobleme und an dritter Stelle Überschuldung steht. Und das sind die drei Bereiche, um die es geht, wenn man fragt, warum die Leute dort sind. Es liegt zum einen daran, dass sie keine Wohnung haben. Keine Wohnung haben sie, weil sie familiäre Probleme haben. Keine Wohnung haben sie, weil sie keine Arbeit haben. Und in der Folge haben sie Suchtprobleme. Und in der Folge führt dies zur Überschuldung. Und was wir anmahnen würden oder was wir vorschlagen würden wäre auch eine Kooperation oder Vernetzung, aber eine Kooperation und Vernetzung von sozialen Diensten. Das heißt, dass zum einen so etwas wie aufsuchende Arbeit strukturell etabliert wird und zwar kontinuierlich. Dass nicht einfach mal so drüber gegangen wird, sondern wirklich kontinuierliche aufsuchende Arbeit, um dann die Personen, die da sind, auch anzusprechen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass diese alle Probleme haben, Überschuldung haben, teilweise auch justizielle Probleme haben. Und dass das Punkte sind, die man mit den Leuten besprechen kann. Zudem, dass man mit ihnen auch Termine für weiterführende Einrichtungen bzw. in Beratungsstellen ausmachen kann. Und da geht es dann darum, das systematisch zu bearbeiten. Das wäre unser erster Vorschlag. Wir würden also bei dem Fragenkatalog bei den Fragen acht, neun und zehn einsteigen. Wir würden bei acht sagen, dass das die Problemkonstellation der Menschen ist, die da sind. Bei neun würden wir sagen, es geht darum, aus struktureller und fachlicher Sicht aufsuchende Arbeit zu etablieren, und zwar kontinuierlich und verbindlich. Auf die Frage zehn „welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie“, antworten wir, dass es gilt, mit den Betroffenen verbindliche Kooperationsvereinbarungen abzuschließen, die dann dazu führen, dass die aufsuchende Arbeit nicht stecken bleibt, indem sie die Probleme aufnimmt, sondern die Personen begleiten kann in die Schuldnerberatung, in die Suchtberatung und die Ehe-Familien-Lebensberatung, wenn dies erforderlich ist. Wir würden sagen, das wäre das langfristige Lösungskonzept. Es bringt nichts bzw. nur punktuell, so eine Art Task-Force zu etablieren. Aber das ist immer nur punktuell und es geht darum dafür zu sorgen, dass die Menschen gar nicht mehr dorthin müssen. Um das zu erreichen, ist es ganz wichtig, dass man über aufsuchende Arbeit kontinuierlich den Boden bereitet und dass die Menschen, die dort sind, weiterführende Hilfen auch annehmen. Die Menschen wissen alle, wo sie ihre Probleme haben. Man könnte also sagen, die wissen doch alles. Aber es ist ein Unterschied, ob ich zu der Person hingehe, ein Vertrauensverhältnis schaffe und dann versuche, auf dieser Vertrauensbasis weiterführende Hilfen anzubieten. Das ist das, was wir in dem abgeschlossenen Modellprojekt gezeigt

haben für die Region Koblenz: dass es durch verbindliche Kooperationsverträge möglich wird, die Leute aus ihrer Wohnungslosigkeit herauszuführen. Das heißt, dass es nicht mehr erforderlich ist, sich tagsüber auf öffentlichen Plätzen aufzuhalten. Das beinhaltet auch eine Kooperationsvereinbarung mit den Jobcentern, weil es auch darum geht, für die Personen tagesstrukturierende Maßnahmen anzubieten. Das heißt noch nicht gleich Jobvermittlung, sondern das heißt, dass die Betroffenen ihren Tag strukturieren können. Dafür ist es eben dann erforderlich, mit dem Jobcenter Kontakt aufzunehmen und mit ihm auch verbindliche Kooperationsvereinbarungen zu treffen, um das langfristig anzugehen. Das wäre es aus unserer Sicht, aus Sicht des Fachbereiches Sozialwissenschaften, aus Sicht der Fachlichkeit der Sozialen Arbeit, wie man hier ansetzen könnte, um zu vermeiden, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich auf öffentlichen Plätzen aufhalten. Uns ist auch noch einmal wichtig zu erwähnen, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Personen ohne Wohnung zugenommen hat. Es ist erschreckend, dass die Anzahl der Menschen, die jünger sind und immer jünger werden, zugenommen hat. Es ist auch problematisch, dass es immer mehr Frauen sind, die wohnungslos werden. Das heißt, man muss da ansetzen und versuchen, durch kontinuierliche aufsuchende Arbeit Maßstäbe zu setzen. Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Prof. Frietsch. Gibt es Fragen? Herr Paul.

Herr Paul: Ich stimme Ihnen zu und finde auch, dass die Wohnungslosigkeit eine beunruhigende Entwicklung zeigt. Ich habe jemanden kennengelernt aus Garmisch-Partenkirchen, der im Grunde ein intaktes soziales Umfeld hat, sich aber die Mieten in diesem Raum gar nicht mehr leisten kann. Obwohl er Rente bekommt, kann er keine Wohnung mehr anmieten. Wir haben hier auf diesem Bahnhofsvorplatz natürlich auch ein Problem mit exzessivem Genuss von Alkohol, der auffällig ist und der dort auch sehr stört. Ich habe mitunter auch selbst sexuelle Belästigungen mitbekommen, wenn Frauen angesprochen werden auf eine meines Erachtens sehr niveaulose Weise. Das will ich jetzt nicht allen unterstellen, die sich dort aufhalten, aber das muss ja auch in diese Ansprache mit den Leuten irgendwie einfließen. Ich sag jetzt mal ganz salopp: es gibt viele Wohnungslose, die sich völlig korrekt verhalten. Aber wir haben nun einmal diesen Aspekt hier verstärkt am Hauptbahnhof. Sollte man das in diesen Kooperationsgesprächen ansprechen? Und wie sollte das gemacht werden? Das ist ja das eigentliche Problem, das auch die Passanten, die Gewerbetreibenden und die Bürger dort nervt. Das wäre meine erste Frage. Und meine zweite Frage ist: Sie haben gesagt, man müsste auf diese Leute zugehen und mit ihnen dann mehr oder weniger Termine vereinbaren. Warum suchen sie, mal etwas einfach gefragt, nicht die Beratungsstellen von sich aus auf? Ist denen das nicht bekannt oder welche Hemmschwelle gibt es da? Diese zwei Fragen hätte ich.

Herr Prof. Dr. Frietsch: Zur ersten Frage: klar, die Suchtproblematik muss angesprochen werden. Aber die kann man nicht ansprechen, indem man sagt: „lass es bleiben“, sondern da muss man auch kontinuierlich ansprechen und dann z. B. körperliche Entzüge anbieten in der Rhein-Mosel-Fachklinik. Und das geht auch nicht so zwischen Tür und Angel, sondern da braucht man wirklich eine Vertrauensbasis. Das ist genau so, wenn Sie die Suchtproblematik nennen. Die muss man auch ansprechen. Der Punkt ist, dass die alle wissen, dass sie ohne Alkohol nicht mehr leben können. Und alle wollen, das ist auch die Erfahrung, sehr wohl einen körperlichen Entzug. Aber sie schaffen es nicht, den körperlichen Entzug zu beantragen, weil sie nicht wissen, wie das geht. Es sei denn, sie liegen da und der Notarzt kommt. Dann werden sie irgendwo eingeliefert. Aber der wichtige Punkt ist, dass man anbietet, dass auch ein körperlicher Entzug vermittelt werden kann. Und im körperlichen Entzug können dann weitere Motivationsgespräche geführt werden, auch für eine entsprechende Reha. Wenn ich sage „weiterführende Hilfen“, dann gehört das mit dazu. Nicht nur Schuldnerberatung,

sondern an erster Stelle die Suchtproblematik. Aber auf die Suchtproblematik wirkt eben nicht, wenn ich sage „hör auf zu trinken“.

Herr Paul: Nur eine ganz kurze Nachfrage. Sie sagen im Grunde genommen, dieses Verhalten ist sehr stark durch die Suchtsituation?

Herr Prof. Dr. Frietsch: Ja, fachlich ist die Sucht, um die Situation aushalten zu können, eine inadäquate Problemlösungsstrategie. Wenn Sie sich vorstellen, dass man keine Wohnung oder eben einen ungenügenden Schlafplatz und auch kein regelmäßiges Essen hat, um über die Runden zu kommen, dann trinken diese Personen halt. Denn sie wissen, dass sie dann in einen Zustand kommen, der für sie erträglich ist. Insofern inadäquate Problemlösungsstrategie. Der Punkt ist eben, wegzukommen vom Alkohol, wegzukommen von den Drogen. Dafür ist körperlicher Entzug anzubieten. Und dann werden im körperlichen Entzug Motivationsgespräche für weiterführende Hilfen angeboten. Aber das Entscheidende ist, warum die Betroffenen nicht die Beratungsstelle nutzen. Dafür ist die Hemmschwelle zu hoch. Sie waren schon überall und es hat nicht geklappt. Es ist wichtig, dass man eben nochmal hingehet. Das ist sehr oft auch schambesetzt. Deswegen ist es wichtig, dass man über aufsuchende Arbeit etwas ausrichtet und sagt „ich begleite dich“. Das hat auch nichts mit pampern zu tun. Denn viele sagen: „Das sind ja erwachsene Leute, die wissen was sie wollen. Ich gebe denen eine Adresse und die müssen dahingehen.“ Das können die aber nicht, sondern die müssen begleitet werden. Nicht alle, aber viele. Und die Zeit, die sie da investieren, nutzt auch dazu, dass es eben nachhaltig wird. Man kann es gleich lassen, nur eine Adresse oder den Adresskatalog von den Einrichtungen anzugeben. Da kommt dann keiner hin. Das entscheidende ist mitzugehen und deshalb ist kontinuierlich aufsuchende Arbeit so wichtig.

Herr Oberbürgermeister Langner: Ich habe noch zwei weitere Wortmeldungen. Ich bitte um kurze Antworten. Frau Wierschem.

Frau Wierschem: Vielen Dank Herr Oberbürgermeister. Herr Frietsch, Sie sprechen von der Wohnungslosigkeit. Aber es sind ja nicht alle obdachlos. Und mein subjektives Empfinden ist auch, dass viele eine Wohnung haben, sich aber tagsüber dort draußen aufhalten, weil sie natürlich zu Hause nicht zu tun haben. Denen fällt die Decke auf den Kopf. Dann wäre ja auch die Frage nach einer geeigneten Freizeitgestaltung angebracht. Dazu haben Sie jetzt noch nichts gesagt. Sie haben sich sehr fokussiert auf die Wohnungslosigkeit als Ursache.

Herr Prof. Dr. Frietsch: Wir beziehen auch prekäre Wohnverhältnisse mit ein. Es gehört Couch-Surfing mit dazu. Es gehört dazu, dass man eine Wohnung hat, in der man sich nicht gerne aufhält. Aber zu den Tagesstrukturen, die Sie jetzt ansprechen, habe ich gesagt, dass mit den Jobcentern gesprochen werden soll. Es müssen entsprechende Maßnahmen bewilligt werden können und Tagesstrukturierung angeboten werden. Wir würden das nicht Freizeit-, sondern wirklich Aktivitätenplanung nennen - also wirkliche Tagesstrukturierung. Und das, was das Jobcenter normalerweise will, nämlich berufliche Qualifizierung, das ist dann quasi eine Folge davon.

Herr Oberbürgermeister Langner: Frau Dr. Tamm.

Frau Dr. Tamm: Herr Prof. Frietsch, Sie hatten die aufsuchende Arbeit erwähnt. Ich würde gerne wissen, wie sie den Raumbedarf am Bahnhof einschätzen. Was wäre sinnvoll, vor Ort zu haben? Z. B. öffentliche Toiletten oder auch Räume von denen aus man die aufsuchende Arbeit unkompliziert gewährleisten könnte.

Herr Prof. Dr. Frietsch: Die aufsuchende Arbeit ist angekoppelt an einen bestimmten Träger. Das kann ein Träger der Wohnungshilfe sein, das kann ein Träger der Suchtberatung sein. Das ist einer der Träger hier in Koblenz, der hier angesiedelt ist und hier auch sein Büro hat. Es ist klar, dass – was Sie ansprechen hinsichtlich der Toiletten – gemacht werden muss. Offenbar besteht die Angst, dass die Schaffung von richtigen Toiletten wie ein Magnet wirkt und immer mehr Leute kommen, weil da öffentliche Toiletten sind. Das ist aber nicht der Fall. Man sollte schon für Hygiene sorgen, das ist gar keine Frage. Aber wenn man zwei Stellen schafft ist einer nicht alleine als Einzelkämpfer oder Einzelkämpferin unterwegs, auch wenn mal jemand krank wird oder Urlaub hat. Wenn man diese zwei Stellen hat und die aufsuchende Arbeit greift, braucht man nachher das ja gar nicht mehr, weil das ja minimiert wird. Unser Ansatz geht dahin, gründlich vorzugehen, damit es gar nicht mehr erforderlich ist, dass die Leute sich dort tagsüber aufhalten.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank. Frau Wierschem noch einmal.

Frau Wierschem: Ich habe noch eine Nachfrage zur Tagesstrukturierung. Wer aus Ihrer Sicht sollte denn diese tagesstrukturierenden Programme kreieren und schaffen? Ich weiß nicht, ob heute Vertreter des Jobcenters oder von diesen Trägern, die die Maßnahmen durchführen, auch noch als Experten hier sind. Aber wir brauchen uns allen nichts vorzumachen, diese Maßnahmen sind keine Win-Win-Geschichte. Das Jobcenter hat die Leute in den Maßnahmen. Die Maßnahmenträger sind für ein Jahr finanziert. Und dann kommt dabei unter Umständen gar nicht viel bei raus. Fragen Sie mal Teilnehmer solcher Maßnahmen, was sie dort lernen und mitnehmen. Dankeschön.

Herr Prof. Dr. Frietsch: Ich meine natürlich nicht die Maßnahmen, die üblicherweise kreiert oder angeboten werden vom Jobcenter. Ich meine, spezifische, auf das Klientel zugeschnittene Maßnahmen. Das würde auch von der Suchtberatung mitgenutzt werden können. Die haben ja auch das Problem bei vielen Klienten, die in Substitution sind, dass diese tagsüber irgendwo rumhängen. Solche Maßnahmen müssten vom Jobcenter finanziert werden. Ich meine, dass wie wir wissen, genug Geld da ist. Es ist eine Frage der Verteilung. Im Moment laufen große Programme mit Langzeitarbeitslosen. Die sind ja alle langzeitarbeitslos, passen also da rein. Nur das übliche Bewerbungsgespräch können Sie für diese Klientel vergessen. Da müssen Sie andere Maßnahmen kreieren und die Maßnahmen müssen dann von freien Trägern angeboten werden. Das ist klar. Es scheitert im Moment an der Finanzierung. Und das Jobcenter hätte idealerweise die Finanzierung und die Stadt natürlich auch.

Herr Oberbürgermeister Langner: Prof. Frietsch, vielen Dank. Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Holbach.

Als nächstes begrüße ich Herrn Manuel Wehrmann, Leiter der Polizeiinspektion Koblenz 1. Herr Wehrmann, Sie haben das Wort.

Herr Wehrmann: Guten Tag. Ich liefere die Daten für Koblenz. Wir haben den Monat Juli bis einschließlich heute erhoben, natürlich ohne wissenschaftlichen Standards gerecht zu werden. Es sind keine validen Zahlen. Wie haben wir erhoben? Die Streifen haben entweder Anlass abhängig, wenn ein Einsatz war oder Anlass unabhängig im Rahmen der Streife, die Fragen 1-3 beantwortet. Wie sieht es denn tatsächlich aus am Koblenzer Bahnhof, aus Sicht der Polizei? Zur Frage 1 - die Kriterien. Ich hoffe, es ist allgemein bekannt, welche einzelnen Parameter in den Fragen abgefragt wurden. Ich will die jetzt nicht alle vorlesen. Aus unserer Sicht sind, im Monat Juli bis einschließlich heute, 80 Prozent dieser Gruppe, um die es geht, männlich und im Alter ab 21 bis 65 Jahre, im Durchschnitt Mitte 30. 90 Prozent der Personen ist ohne festen Wohnsitz, 100 Prozent sind in einer prekären sozialen Lage, ohne dass sich der Polizeibeamte vorher mit der Definition der sozialprekären Lage befasst hat. Aber wir haben ja alle eine Vorstellung, was das bedeutet. Ca. $\frac{1}{4}$ ist nicht in Koblenz wohnhaft, also $\frac{3}{4}$ kommen von hier. Die Kollegen berichten, dass es sich zu 100 Prozent um Suchtkranke handelt. Das ist einmal der erste Befund. Zur Anzahl: die Personen halten sich von ca. 9:00 bis 19:00 Uhr in dem Bereich auf, das ist natürlich saisonal abhängig. Momentan kann man sich natürlich draußen rund um die Uhr aufhalten, ohne dass man Witterungsprobleme bekäme. Daher also aktuell von 09:00 bis 19:00 Uhr, gegen Mittag anschwellend. Das heißt, die höchste Zahl war um 13:45 Uhr an einem Tag mit ca. 30 Personen. Die Regel ist in den Mittagsstunden 20 Personen. Man kann schon von einer Personengruppe von ca. 20 aus polizeilicher Sicht sprechen. Mehr gibt es zu der Zahl nicht zu sagen. Maximal bis Mitternacht halten sie sich dort auf, und das sind Ausnahmen. Drittens - zum Verhalten: Wie ich schon berichtet habe, handelt es sich zu 100 Prozent um Suchtmittelmissbrauch. Alkohol ist relativ gut erkennbar, die größere Zahl sind Betäubungsmittel. Sie können sich vorstellen, dass wenn uniformierte Polizisten zum Bahnhof kommen, die Flasche Bier weitergetrunken wird. Aber Drogen werden da natürlich nicht offenkundig, das findet heimlich statt. Die Gruppe ist tatsächlich sehr durchmischt, Suchtmittelmissbrauch verbindet. Man kennt sich untereinander. „Die Gruppe unter sich“ war ein gutes Stichwort: In diesem Berichtszeitraum kam es zu keiner Belästigung Dritter. Das ist subjektiv. Ich, als Polizist, als Mann, bin ein Stück weit robuster. Wenn mich jemand umgangssprachlich anschnorrt, empfinde ich das nicht als Belästigung. Natürlich gibt es Menschen, denen das Anschnorren unangenehm ist, die sagen: das nötigt mich. Aber die einzige Belästigung, die stattfindet, ist dieses Anschnorren, Betteln, nach „einem Euro“ fragen. Sie wissen, was ich meine. Wenn allerdings die Gruppe von außen durch Dritte angesprochen wird, solidarisiert man sich und reagiert laut. Der Erste krakeelt und die anderen merken, dass hier Dampf abgelassen werden kann. Und dann wird gegrölt und palavert. Es gibt natürlich Menschen, die sagen, dass das für sie eine unangenehme Situation ist. Sie gehen dann lieber auf die andere Seite. Und das hat dann auch was mit Sicherheitsempfinden zu tun. Wie festgestellt, tritt das immer nur dann auf, wenn dieses Kollektiv von außen gestört wird. Zu den Straftaten: Wir liegen nicht über der Anzahl anderer Oberzentren in Rheinland-Pfalz, sondern eher darunter. Es sind insgesamt fünf: Trier, Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Koblenz. Der Berliner Platz in Speyer wurde angesprochen. Dieser ist nicht zu vergleichen mit dem hiesigen Platz. Aus polizeilicher Sicht ist auch bemerkenswert, dass die Straftaten in der Gruppe stattfinden. Körperverletzungsdelikte, Beleidigungen begehen die Personen unter der Einwirkung von Drogen untereinander. In allen Fällen haben Dritte die Polizei informiert. Aus der Gruppe selbst wurde noch nie Anzeige erstattet, da man das unter sich regelt. Es gab in keinem Fall einen Strafantrag, weil eine justizielle Aufarbeitung niemanden interessiert. Man regelt das unter sich, man trinkt ein Bier zusammen. Das ist der Blick der Polizei. Die Verfahren werden zwangsläufig durch die Staatsanwaltschaft eingestellt. Wir verfolgen, wir ahnden. Aber wenn man die Menschen vorlädt, kommen sie nicht. Das heißt: wir hören die Betroffenen vor Ort an. Diese sagen nichts. Dann geht der Vorgang zur Staatsanwaltschaft und ist letzten Endes nur eine statistische Nummer. Fazit zu dem Punkt

Verhalten: man will unter sich bleiben und sucht nicht aktiv die öffentliche Aufmerksamkeit. Natürlich lenkt man die öffentliche Aufmerksamkeit durch das Verhalten auf sich, aber das ist nicht bewusst und nicht gewollt. Viertens zum Thema Sicherheit: Für uns als Polizisten gehört das nun mal dazu. Wir begegnen dem Ganzen mit offenen Kontrollen. Die Kollegen der PI1 und ich denken, dass wir die eigentlich alle kennen. Herr Dwersteg wird das auch sagen können. Man muss keine Identität feststellen, weil man die Personen kennt. Man sieht, dass es eine regionale Gruppe ist. Aus meiner Sicht besteht am Bahnhof kein objektiv belegbares größeres Sicherheitsproblem. Es ist objektiv belegbar ein Bahnhof und ein Hotspot. Es kommen viele Menschen zusammen. Objektiv heißt, mit statistischen Zahlen und mit der Kriminalstatistik belegbar. Subjektiv mag es so sein. Die objektive Sicherheit und die subjektive Sicherheit divergieren und das ist hier so. Man fühlt sich unsicher, obwohl die Zahlen das nicht hergeben. Selbstverständlich ist die subjektive Sicherheit ein polizeiliches Problem. Selbstverständlich schließen wir uns einem Maßnahmenbündel, einer Kooperation oder einem Netzwerk an. Losgelöst davon, ob die Zahlen das hergeben oder losgelöst davon ob es reine polizeiliche Zuständigkeit ist. Wir, die PI1 und das gesamte Präsidium machen bei allem mit, zu dem wir gefragt werden - sei es das Rauschgiftkommissariat, sei es die Schutzpolizei. Das ist nur eben jetzt zur objektiven Lage zu sagen. Letzter Punkt ist die Drogenszene: Es gibt keine offene Drogenszene. Es gibt eine Drogenkontaktszene. Sie wissen, welche Oberzentren mit deutlich mehr Einwohnern eine offene Drogenszene haben. Dort können Sie sich das auf der offenen Straße jeden Tag anschauen, da es dort eben nicht im Verborgenen stattfindet. Das ist der erste Überblick aus Sicht der Polizei, die stichpunktartig immer mal wieder hingefahren ist. Basis sind also nicht wissenschaftliche Daten. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Wehrmann, vielen Dank. Herr Dott und dann Herr Paul.

Herr Dott: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich habe folgende Frage: Betrachtet die Polizei das Verrichten einer Notdurft in der Öffentlichkeit als Straftat?

Herr Wehrmann: Nein. Wir haben ja nicht die Definitionsmacht. Das Verrichten einer Notdurft in der Öffentlichkeit ist eine Ordnungswidrigkeit. Es ist klar definiert, was Straftaten und was Ordnungswidrigkeiten sind. Es ist keine Straftat. Es soll aber deshalb auch nicht bagatellisiert werden.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Paul.

Herr Paul: Ein schwacher Trost ist, dass es in Ludwigshafen noch schlimmer ist. Ich war vor kurzem am Bahnhof in Breslau und dort gibt es solche Zustände nicht. Zwei Fragen: Es ist schon beeindruckend, welche Zahlen Sie da hervorgebracht haben. Aber die Frage ist, was es denn für eine Möglichkeit gäbe, diese statistische Erhebung zu verbessern? Gibt es Möglichkeiten, die auch alltagstauglich für die Polizei sind? Haben Sie einen Vorschlag, wie man im Grunde genommen zu einer sicheren Zahlenbasis kommen kann? Und die zweite Frage ist: Sie haben eben gesagt, dass Sie auch offene Kontrollen durchführen. Wie kann ich mir das vorstellen? Gibt es eine Frequenz, nach der Sie regelmäßig vorbeifahren und dann auch mal nach dem Rechten sehen? Wird da eventuell auch mit einem besonderen Augenmerk auf gewisses Verhalten geschaut?

Herr Wehrmann: Ich fange mal mit der zweiten Frage an. Offene Kontrollen heißt mit uniformierten Polizisten, die, wenn sie sich annähern, auch als solche erkannt werden. Dem gegenüber stehen verdeckte Kontrollen. Das sind zivile Beamte, von denen das Gegenüber nicht weiß, dass es ein Polizist ist. Die Polizeiinspektion 1 verfügt nur über Schutzpolizisten in Uniform für die offenen Kontrollen. Dabei werden dann in Gefahrenlagen die Identität festgestellt und entsprechende Maßnahmen ergriffen. Aber wenn man in diesem Bereich die Gruppe sitzen sieht, die ruhig Alkohol trinkt und deren Identitäten bekannt sind, dann gibt es zunächst einmal zum Einschreiten keinen Anlass für die Polizei. Es ist kein polizeiliches Problem. Für mich persönlich ist es auch die Frage, ob man das als Problem bezeichnet. Wir haben keinen Trinkraum und keinen Drogendrückraum. Die Menschen halten sich in der Regel an Bahnhöfen auf. Aus Sicht der Polizei besteht zunächst kein Handlungserfordernis. Zu den offenen Kontrollen: Sie wissen, dass am Wochenende in Koblenz viel los ist. Dann haben wir viele Einsätze. Aber es ist kein Problem, dass wir dann nicht am Bahnhof schauen können, denn dann sind die nicht da. Tagsüber, wenn diese Personen da sind, sind regelmäßig Streifen unterwegs. Ich kann nicht sagen, mit welcher Frequenz. Das Ordnungsamt und die Bundespolizei sind dabei. Man kann schon von einem Stundenkorridor reden, in dem die Polizei dort vorbeifährt und nach dem Rechten schaut. Das mag mitunter nur ein flüchtiger Blick sein. Der Streifenwagen fährt vorbei. Es wird geschaut, ausgestiegen und weitergefahren. Das dauert nicht lange. Die Zahlen kann ich noch einmal darstellen. Die validen Zahlen, die wir für unsere Arbeit brauchen, kommen aus der Kriminalstatistik, so wie sie in der Verkehrssicherheitsarbeit aus der Unfallstatistik kommen. Darin sind die Straftaten erfasst, die klar geschlüsselt werden nach Körperverletzung und Delikten der Betäubungsmittelkriminalität. Daraus ergibt sich ein Lagebild, so dass wir genau wissen, wo massiv Straftaten auftreten. Dann müssen wir repressiv und präventiv tätig werden. Diese Zahlen haben wir ja, die BKS ist veröffentlicht. Die reinen Zahlen begründen zunächst noch kein besonderes Handlungserfordernis am Bahnhof. Gleichwohl gibt es ein Problem mit der subjektiven Sicherheit und dem Empfinden der Menschen, die sagen: „für mich ist der Bahnhof nicht sicher“. Das ist natürlich auch unsere Aufgabe. Das Erheben der Daten und der erste Teil der Beantwortung der drei Fragen sollte Ihnen zeigen, worüber wir sprechen: Es handelt sich um eine Gruppe von ca. 20 suchtkranken Menschen, die sich dort tagsüber aus all den Gründen, die eben geliefert wurden, aufhalten. Die hängen da ab und ab und zu gibt es Palaver. Palaver gibt es in der Regel untereinander. Das ist der Befund.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Wehrmann. Herr Heinrich.

Herr Heinrich: Wenn ich mir das richtig notiert haben, haben Sie gesagt, 90 Prozent der dort Erfassten sind ohne festen Wohnsitz?

Herr Wehrmann: Ja.

Herr Heinrich: Im Sinne der Möglichkeit der Ansprache, die Herr Prof. Frietsch genannt hat: viele davon haben ja wahrscheinlich eine Meldeadresse. Können Sie sagen, wo die gemeldet sind?

Herr Wehrmann: Nein. Das kann ich Ihnen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht sagen. Das ist auch nicht immer der Fall, ganz im Gegenteil. Ladungsschreiben der Staatsanwaltschaft werden in der Regel von uns übergeben, weil wir wissen, dass sich die Betroffenen am Bahnhof aufhalten. Ich kann

nichts dazu sagen, wo sie tatsächlich gemeldet sind und auch nicht zu den Gründen, wieso sie sich unter der Verbleibadresse nicht aufhalten.

Herr Oberbürgermeister Langner: Frau Wierschem.

Frau Wierschem: Vielen Dank. Können Sie etwas dazu sagen, in wie weit der Personenkreis, der täglich die Substitutionspraxis im Markenbildchenweg aufsucht, in dem Zusammenhang eine Rolle spielt? Sie sprachen eben von einer Drogenkontaktszene: darunter könnte man ja auch verstehen, dass in dem gesamten Bereich gedealt wird. Werden Kontrollen durchgeführt und was fällt dabei auf? Oder was stellen Sie fest?

Herr Wehrmann: Da wir nicht naiv sind, wissen wir, dass Drogenkontaktszene natürlich auch heißt, dass Drogen weitergegeben werden. Irgendwoher muss der Drogenabhängige seine Drogen bekommen. Man trifft sich in der Szene. Die Substitutionspraxis ist immer wieder ein Thema. Wir haben keinen Einfluss darauf, wo sich ein Arzt mit einer solchen Praxis niederlässt. Ich bewerte auch nicht nicht, ob es in der Nähe eines Bahnhofs günstig ist. Ob die Zeiten, in denen sich suchtkranke Menschen am Bahnhof aufhalten, mit den Öffnungszeiten der Praxis korrelieren, kann jeder selbst feststellen. Ich kann nicht sagen, welchen Zusammenhang es gibt und ob Menschen, die die Praxis besuchen, sich in diese Szene mischen. Ich muss davon ausgehen, dass derjenige, der in der Praxis substituiert, danach nach Hause fährt. Und wir alle hoffen, dass er von seiner Drogensucht freikommt.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Wehrmann.

Herr Wehrmann: Gerne.

Herr Oberbürgermeister Langner: Ich sehe keine weiteren Fragen. Vielen Dank für Ihr Kommen. Dann sind wir bei dem vierten Anzuhörenden und Experten Herrn Polizeihauptkommissar Dwersteg von der Bundespolizei. Sie haben das Wort.

Herr Dwersteg: Guten Tag. Herr Wehrmann hat die Situation schon umfassend dargestellt. Beginnen kann ich daher aus Sicht der Bundespolizei mit dem Leitsatz „Fluch und Segen der Zuständigkeit“. Die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Bundespolizei beschränkt sich in diesem Fall grundsätzlich auf die Anlagen der Bahn. Die Anlagen der Bahn sind in diesem Fall örtlich sehr eng begrenzt. Der Leitsatz beinhaltet, dass die Zuständigkeit der Bundespolizei grundsätzlich am Ende des Haupteingangs und an der Bahnhofskante endet. Gleichwohl verschließen wir uns nicht vor den Problematiken, die auf dem Bahnhofsvorplatz stattfinden und auch durchaus ihre Wirkung in den Bahnhof entfalten. Wir haben hier durchaus mit Teilen der Beschaffungskriminalität zu kämpfen, sprich dem klassischen Ladendiebstahl und dem klassischen damit einhergehenden Delikt des Hausfriedensbruches. Wir haben aktuell 15 bestehende Betretungsverbote / Hausverbote, ausgesprochen durch die DB AG bzw. durch die Gewerbetreibenden für die entsprechenden Geschäfte. Zur Zusammensetzung der Szene hat Herr Wehrmann passend gesagt: wir stellen 15-25 Leute fest. Ergänzen möchte ich, was wir außerdem feststellen. Wir glauben, teilweise eine Trennung festzustellen zwischen 2 Gruppierungen. Erstens die

klassische Gruppe, die Herr Wehrmann beschrieben hat. Zum anderen die, die ich als Alteingesessene bezeichnen möchte. Diese haben sich mittlerweile grob verlagert in Richtung Busbahnhof, um sich dort ein gemütliches Plätzchen zu suchen. Dort konsumieren sie auch ihren Alkohol. Dies geschieht aber losgelöst von der Gruppe, die sich vorne im Bereich dieser Blumeninsel der ehemaligen Stadtparkasse aufhält. Das ist die Situation, wie sie sich uns darstellt. Was tun wir und wie begegnen wir der ganzen Geschichte? Herr Wehrmann hat offene Polizeikontrollen angesprochen. Diese führen wir im Rahmen unserer Zuständigkeit, aber auch im Rahmen der Unterstützung der Kollegen des Landes und des Ordnungsamtes ebenfalls aus. Wir haben eine sehr gut funktionierende Zusammenarbeit. Der Vorteil in meiner Dienststelle ist, dass wir auch über eine verdeckte Komponente verfügen. Diese ist primär ausgerichtet auf die originäre Aufgabenwahrnehmung. Sekundär ist sie aber durchaus auch verfügbar für begleitende Einsätze zur Unterstützung der Kollegen des Landes bzw. des Ordnungsamtes. Sie können davon ausgehen, dass Polizei am Bahnhof präsent ist. Die Polizei wird auch durch den Bürger wahrgenommen. Natürlich sind auch die Handlungsmöglichkeiten der Polizei begrenzt, wenn keine Straftat vorliegt oder eine Ordnungswidrigkeit gegeben ist. Wir sind uns der Auswirkungen bewusst, insbesondere in das Parkhaus hinein. Auch ich habe dort privat einen Parkplatz angemietet. Wir haben dort auch temporär zivile Dienstfahrzeuge abgestellt. Auch für uns kann es durchaus zum Problem werden, wenn wir die Treppe hinunter zu den Fahrzeugen gehen und man meint, da wäre vorher der Zuchtverein für Deutsche Schäferhunde mit seinen Hunden Gassi gegangen. Das ist einfach ein Problem. Ich möchte aber auch eins deutlich darstellen. Verglichen mit anderen Großbahnhöfen, zu denen wir gar nicht weit fahren müssen, sind wir in Koblenz wirklich noch ein Dorf. Wir haben in Bonn die klassische Szene des sogenannten Bonner Lochs. Sie alle haben auch mitbekommen, was in Köln täglich passiert. Dazu kommen natürlich flankierende Tatbegehungen, wie Taschentrickdiebstähle und Gepäckdiebstähle. Diese Kriminalität wiegt schwerer und ist verfolgungswürdiger als der klassische Blumentoppinkler. Zusammenfassend komme ich zu demselben Ergebnis wie Herr Wehrmann. Wir kennen alle, die kennen uns alle. In dem Moment, wo Polizei erscheint, sei es in Uniform oder sei es in Zivil, tritt eine gewisse Ruhe ein in der Szene bzw. in der Gruppierung. Die Grundstimmung in der Gruppe ist wichtig. Ist genug zum Trinken da, sind alle Freunde. Ansonsten wird das untereinander geregelt.

Herr Oberbürgermeister Langner: Gibt es Fragen? Herr Paul.

Herr Paul: Ich habe jetzt auch verstanden, dass offene Kontrollen eigentlich Kontrollen in Uniform sind. Sie haben eben gesagt, dass sie über diese verdeckte Komponente verfügen und man diese auch der Landespolizei und dem Ordnungsamt zur Verfügung stellen könnte. Gibt es da schon Kontakte? Ist das schon angefragt worden? Gibt es einen Austausch über diese Möglichkeit, die ganz interessant ist, auch wenn sie nicht ihr Hauptaufgabenfeld darstellen würde?

Herr Dwersteg: Es ist oft so, dass die in der originären Aufgabenwahrnehmung eingesetzten Zivilkräfte durch den Blick in den Einsatzraum Feststellungen machen. Und dann wird natürlich die Verbindung zu den zuständigen Stellen der Polizei und des Ordnungsamtes aufgenommen. Es sei denn, die Situation ist so prekär, dass ein sofortiges Einschreiten erforderlich ist. Das funktioniert sehr gut und reibungslos. Da haben wir überhaupt keine Probleme. Auch hier gilt wirklich der Grundsatz, dass „man sich kennt“.

Herr Paul: Vielen Dank. Also ist das auch schon erfolgt?

Herr Dwersteg: Ja, natürlich.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Heinrich.

Herr Heinrich: Wir haben in der Vergangenheit hauptsächlich über den oberirdischen Bahnhofsvorplatz geredet. Sie haben eben von der Tiefgarage gesprochen. Gibt es in der Tiefgarage ähnliche Vorfälle?

Herr Dwersteg: Wenn sie erlauben, würde ich diese Frage gerne direkt an Herrn Röhr als Betreiber der Tiefgarage weitergeben.

Herr Oberbürgermeister Langner: Nein.

Herr Dwersteg: Es gibt Auswirkungen von Seiten der Personengruppen, die sich oben auf dem Platz aufhalten, in die Tiefgarage hinein. Die Personen erleichtern sich dort, weil keine öffentliche Toilette mehr zur Verfügung steht. Wenn Sie die Treppe hinunter gehen bekommen Sie gesagt: „Du kannst jetzt hier nicht runter, weil ich grade mal was erledige“. Das ist die unbefriedigende und belästigende Situation. Und jeder empfindet sie auch anders. Ich finde das auch nicht gut und will es auch nicht schönreden. Aber eigentlich haben wir das an jedem Bahnhof dieser Welt, an dem es ein Parkhaus gibt.

Herr Oberbürgermeister Langner: Ich sehe keine weiteren Fragen. Herr Dwersteg, vielen Dank für Ihr Kommen und für Ihren Vortrag. Dann hat als nächster Herr Flöck als stellvertretender Amtsleiter des Ordnungsamtes das Wort.

Herr Flöck: Guten Tag. Seit geraumer Zeit ist dem Ordnungsamt die Situation am Bahnhof bekannt. Zwar möchte ich hier die Sichtweise des Ordnungsamtes darlegen. Allerdings geschieht dies nicht ohne zu erwähnen, dass tatsächlich Einsätze mit und neben der Polizei und der Bundespolizei dort stattfinden und dass es eine rege und gute Zusammenarbeit gibt. Aus der Situationskenntnis heraus wird zur Vorbeugung/ Vermeidung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten der Bereich von uns mehrmals täglich bestreift. Zusätzlich erfolgt dies natürlich, wenn wir Hinweise kommen, dass dort etwas los ist. Insofern finden dort mit den Betroffenen, die uns vielfach bekannt sind, frühzeitig Ansprachen statt. Die Erkenntnisse der Einsätze zeigen, dass bestätigt werden kann, dass es sich um 10-20 selten 30 Personen handelt. Sie sind männlich, vom Alter über 20, meist ohne festen Wohnsitz. Einige haben ihren festen Wohnsitz außerhalb von Koblenz. Der Hauptbahnhof, so geben einige an, ist attraktiv als Sammelpunkt, da er unweit der Ausgabestelle für die Substitution mit Methadon liegt, ausreichend Sitzplätze bietet und rund herum die Möglichkeit der Alkoholbeschaffung besteht. Zum Verhaltensmuster ist zu sagen, dass es sich auch um ungepflegte, oft nicht wohlriechende Personen handelt, die sich lautstark miteinander unterhalten, Alkohol konsumieren und zu Beginn zumindest die Passanten in Ruhe lassen, da sie mit sich selbst beschäftigt sind. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer geht die Lautstärke der Unterhaltung untereinander in Schreien, manchmal in Streit über. Dann kommt

es zu Vermüllung, Betteln, vielleicht auch in aggressiver Form mit Pöbeln und Urinieren. Das bietet uns dann Eingriffsmöglichkeiten durch die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Koblenz. Bei aggressivem Betteln, Alkoholkonsum mit einhergehendem sozial unwerthem Verhalten und Verrichtung der Notdurft schreiten wir ein und ahnden die Verstöße, soweit möglich mit einem Ordnungsgeld. Wir nehmen auch Taschenpfändungen oder Platzverweise vor. Im schlimmsten Fall, wenn sich eine Person nicht daranhält, hilft uns die Polizei und nimmt sie für 24 Stunden mit. In wenigen Fällen bringen sich die Personen selbst bis zum Verlust der Selbstkontrolle in eine hilflose Lage. Dann werden Transporte ins Krankenhaus oder bei aufkeimender Fremd- oder Eigengefährdung und Psychosen die Verbringung in die Rhein-Mosel Fachklinik nach Andernach veranlasst. Allgemein ist zu sagen, dass den Sicherheitsbehörden eingeräumte Handlungsmöglichkeiten durch diese in vollem Umfang ausgeschöpft werden. In Gesprächen mit den Betroffenen wird von diesen deutlich gemacht, dass sie sich mit Ihrem Leben wohl arrangiert haben. Hilfen werden lediglich im Zustand der Hilflosigkeit oder bei der Deckenausgabe im Winter in Anspruch genommen. Unterbringungsangebote werden stets abgelehnt. Dies sind freie persönliche Entscheidungen. Eingriffe in die persönliche Freiheit der störenden Personen sind grundsätzlich nicht gestattet, selbst wenn dies für Dritte nicht nachvollziehbar erscheint und auch für die handelnden Behörden vielfach unbefriedigend ist. Ordnungsbehördliche Maßnahmen sind im Rahmen des Vorbehalts des Gesetzes immer an Recht und Gesetz gebunden und müssen stets verhältnismäßig sein. So rechtfertigen zum Beispiel alleine ein belästigender unappetitlicher Geruch, ein schmutziges Aussehen oder ein bedrohlich wirkendes Verweilen im alkoholisierten Zustand nicht in jedem Fall den Einsatz ordnungsbehördlicher Mittel. Dazu gibt es eindeutige Rechtsprechung. Insofern bedeutet dies, dass sich diese Personen und die grundsätzliche Situation mit ordnungsbehördlichen Maßnahmen nicht ändern lassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Knopp.

Herr Knopp: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Meine Frage an Herrn Flöck lautet: Wir haben auch von der PI 1 gehört, wie hoch die Anzahl der Einsätze in einem gewissen Zeitraum ist. Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, wie oft das Ordnungsamt über einen Zeitraum von Monaten, Quartalen, Jahren dort einschreiten musste? Ich gehe nicht davon aus, dass eine dauerhafte Präsenz vor Ort ist.

Herr Flöck: Nein, eine dauerhafte Präsenz vor Ort können wir natürlich nicht gewährleisten, aber wir sind mehrmals täglich dort. Es gibt keine verlässlichen statistischen Auswertungen. Es ist auch nicht statistisch belegt, wie viele Anrufe eingehen und wann wir daher dorthin fahren.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Paul.

Auf Nachfrage von Herr Paul erläutert Herr Flöck: Wir müssen klar trennen, dass wir hier nicht von Tätigkeiten des Verkehrsüberwachungspersonals sprechen. Dieses hat mit solchen Tätigkeiten nichts zu tun. Die Einhaltung und Durchsetzung der Gefahrenabwehrverordnung, die im Vordergrund steht, obliegt dem kommunalen Vollzugsdienst. Und der fährt nur deshalb gezielt dort hin. Natürlich gibt es auch mobile Streifen: man fährt mit dem Auto einmal um den Platz herum und sieht, dass es ruhig ist. Dann wiederholt man das noch ein zweites Mal, öffnet einmal das Fenster und sieht wieder, dass alles ruhig ist. Und dann fahren wir weiter. Die Bestreifung erfolgt außerdem aus verschiedenen Richtungen

und von unterschiedlichen Ausgangspunkten, aber immer in Uniform. Der Zweck ist immer der Gleiche: wir bestreifen den Bahnhof.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Knopp.

Herr Knopp: Eine der Fragen ist ja auch, welche Maßnahmen Sie vielleicht aus Ihrer Sicht als positiv erachten würden. Wäre es aus ihrer Sicht sinnvoll, eine dauerhafte Präsenzstelle, vielleicht auch in Verbindung mit der Polizei, dort einzurichten?

Herr Flöck: Dazu müsste man sich unterhalten. Aber in der Lage, in der wir uns hier befinden und bei dem Zeugnis, das wir von der der Polizei gehört haben, weiß ich nicht, ob man das als notwendig erachten könnte.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Paul.

Auf Nachfrage von Herrn Paul erklärt Herr Flöck: Dann wären ständige Kontrollen notwendig. So etwas lebt wie ein Halteverbot nur von der ständigen Kontrolle. Die Konsequenzen wären die gleichen wie jetzt: Es wird ein Ordnungsgeld verhängt sowie ein Platzverweis ausgesprochen und am nächsten Tag ist die Person wieder da.

Herr Oberbürgermeister Langner: Herr Heinrich.

Herr Heinrich: Wir haben im ersten Vortrag von Dr. Fries gehört, dass verbindliche Kooperationen mit anderen Partnern Sinn machen. Sie haben jetzt gesagt, dass sie sehr gut mit der Polizei zusammenarbeiten. Gibt es darüber hinaus weitere Kooperationspartner, wie z. B. Jugendamt, Sozialamt oder freie Träger, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Herr Flöck: Wir stehen natürlich auch mit dem Jugendamt in Kontakt. Wir haben aber festgestellt, dass man im Moment im Wesentlichen über 21-Jährige dort vorfindet, so dass das Jugendamt außen vor ist. Aber wir stehen ebenso wie die Polizei allen Möglichkeiten, die wir auf den Weg bringen können, offen gegenüber.

Herr Oberbürgermeister Langner: Ich sehe keine weiteren Fragen. Herr Flöck, herzlichen Dank. Wir kommen zum AWO Kreisverband Koblenz Stadt e.V. und ich begrüße Frau Munsch für die AWO. Sie haben das Wort.

Frau Munsch: Guten Tag. Ich darf mich kurz vorstellen. Ich bin in Vertretung meiner Kollegin Frau Hartung hier, die einen Unfall hatte und deswegen nicht kommen kann. Ich bin Diplom-Sozialpädagogin und seit 17 Jahren in der Wohnungslosenhilfe tätig. Wir sind eine

Integrierungsrichtung für Wohnungslose mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, die Herr Frietsch schon durchweg alle genannt hat. Weiterhin bin ich Mitglied im Arbeitskreis wohnungslose Frauen in der Region Koblenz und habe einen besonderen Fokus auf diesen Personenkreis. Ich habe mit Aufmerksamkeit meine Vorredner verfolgt. Ich muss jetzt sagen, dass, wenn vom Bahnhofsvorplatz gesprochen wird, ich nicht nur vom direkten Bahnhofsvorplatz ausgehe, sondern für mich der Busbahnhof bis zum Lidl dazu gehört. Der ist ja auch durchaus Quelle. Ich habe letzte Woche mit unserem Praktikanten noch einmal geschaut. Was die Zahlen der Betroffenen angeht, würde ich eher von 30 bis 40 Leuten ausgehen. Und Sie können mir glauben, dass wir einen Blick haben für Leute, die zu dem Personenkreis zählen. Widersprechen würde ich der Tatsache, dass es sich um 90 % Wohnungslose handelt. Also ich glaube, dass es ein hoher Prozentsatz ist. Wir kennen auch einige, die in prekären Wohnverhältnissen sind und sich überwiegend auch am Bahnhofsvorplatz und in der Region aufhalten. Prekäre Wohnverhältnisse ist auch ein Stichwort, das auf viele Frauen zutrifft. Wir betrachten die Entwicklung in den letzten Jahren. Ich würde sagen das sich dort durchaus ein höherer Prozentsatz an Frauen aufhält, mittlerweile sind es fast 30 Prozent. Was wir auch in der Wohnungslosenhilfe feststellen ist, dass durchweg auch mehr Leute aus dem Mittelstand in krisenhaften Situationen landen. Persönliche Schwierigkeiten zusammen mit Schulden, Arbeitslosigkeit oder psychische Auffälligkeiten führen in der Folge dazu, dass sie in der Wohnungslosenhilfe landen. Die Personen am Bahnhof sind durchweg Suchtklientel. Wie gesagt kennen wir auch einige davon. Es waren einige schon bei uns in der Einrichtung. Klienten, die in der Praxis für Substitution sind und sich dann einfach tagsüber am Bahnhof aufhalten und dort treffen. Persönlichen Kontakt zu diesen Menschen am Bahnhof haben wir nur insofern, dass ein Teil von ihnen schon in unserer Einrichtung war und Hilfe erhalten hat. Zum Teil sind sie auch wieder in einer Wohnung. Sie halten sich aber trotzdem aus den auch schon von den Kollegen genannten Gründen häufig am Bahnhof auf. Die generelle Bereitschaft, Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist sehr individuell. Das heißt, auch für diese Menschen braucht es individuelle Angebote. Und damit bin ich auch bei der Frage, was getan werden kann? Noch einmal vorab: ich denke, der Bahnhof ist ein zentraler Ort. In jeder Großstadt gibt es eine Szene am Bahnhof. Man kann die Personen vertreiben, aber dann landen sie irgendwie in einem anderen auch mehr oder weniger öffentlichen Bereich. Meines Erachtens ist das daher keine sinnvolle Hilfe. Die Liga der Wohlfahrtsverbände Rheinland-Pfalz hat gerade analog zu beispielsweise Nordrhein-Westfalen ein Konzept erstellt für Beratungsstellen in sozialen Belangen. Das heißt, eine Beratungseinrichtung übernimmt die Lotsenfunktion. Wir haben sehr gute Fachdienste für Suchthilfen, für Wohnungslosenhilfe, für die Hilfe von psychisch Kranken. Aber es wäre sinnvoll, eine Beratungsstelle einzurichten, die den Leuten Orientierung gibt und die sehr niedrigschwellig ist. Diese könnte z.B. auch gut in der Nähe vom Bahnhof angesiedelt sein und vielleicht auch Toiletten vorhalten. Aus Sicht des Arbeitskreises wären außerdem Einrichtungen für Frauen wünschenswert. Die AWO hat bereits ein Konzept beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung für stationäre Plätze für Frauen eingereicht. Wir haben auch ein Kurzkonzept für einen Tagesaufenthalt der Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen vorliegen, welches ich nachher gerne dem Protokoll beilegen möchte. Zu den wohnungslosen Frauen oder den Frauen in überwiegend prekären Wohnverhältnissen ist folgendes zu sagen: Frauen übernachten aus Angst vor Gewalt eher nicht auf dem Platz. Frauen schlüpfen gerne bei Männern unter. Das ist eine einfache Variante. Wie wir alle wissen ist das Problem, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend im sozialen Nahraum stattfindet. Sie können sich vorstellen, dass das Angebot zu übernachten mitunter an Bedingungen geknüpft ist. Sie können sich selbst überlegen, in welche Richtung das gehen könnte. Insofern ist uns ganz wichtig, dass auch für diese Frauen ein Angebot vorhanden ist: ein niedrigschwelliges Angebot mit einem Tagesaufenthalt und einer Weitervermittlung in möglichst auch stationäre Plätze. Viele Frauen, die in der Wohnungslosigkeit landen, haben häufig schon in Kindheit und Jugend und dann auf der Straße Übergriffe und Gewalt erlebt. Ich denke, dass Koblenz als Großstadt den anderen Städten in Rheinland-Pfalz nachfolgen müsste und auch entsprechendes anbieten sollte. Danke.

Herr Oberbürgermeister Langner: Frau Munsch, vielen Dank. Gibt es Fragen? Herr Paul.

Herr Paul: Sie haben ja gesagt, dass immer mehr Menschen aus dem Mittelstand in krisenhafte Situationen kommen. Sind da aus Ihren Erfahrungswerten auch Selbstständige dabei?

Frau Munsch: In unserer Einrichtung hatten wir auch Selbstständige. Die Gefahr, in die Insolvenz zu geraten, ist durchaus möglich. Aber in der Regel ist es immer ein Gesamtpaket. Es kommen dann auch psychische Schwierigkeiten und Trennung oder Scheidung hinzu. In der Regel haben die Leute, die bei uns in der Einrichtung sind, komplexe Probleme. Ein Punkt ist oft noch zu bewältigen. Unter Umständen gleitet das auch in die Sucht ab, aber letztendlich ist es meistens eine komplexe Problemlage, die dann in die Wohnungslosigkeit führt.

Herr Oberbürgermeister Langner: Gibt es weitere Fragen? Herr Kalenberg.

Herr Kalenberg: Können Sie differenzieren zwischen den Personen, die sich vor dem Hauptbahnhof aufhalten und denen, die sich mehr in Richtung Lidl und ähnlichem versammeln?

Frau Munsch: Wir kennen einen Teil vom Sehen. Wir wissen, die haben Wohnraum und halten sich dort halt auf. Allen gemeinsam ist in der Regel, dass sie suchtkrank sind. Ich denke, die Kollegen der ambulanten Suchthilfe können dazu auch noch was sagen.

Herr Oberbürgermeister Langner: Ich sehe keine weiteren Fragen.

Frau Munsch: Ich möchte noch eine Lanze für das Jobcenter brechen. Wir sind als Arbeitskreis wohnungsloser Frauen ein institutionsübergreifender Arbeitskreis und auch das Jobcenter ist dort vertreten. Insbesondere mit dem Fallmanagement des Jobcenters machen wir sehr gute Erfahrungen. Es gibt solche und solche Maßnahmenträger, aber mittlerweile macht das Jobcenter sehr gute Angebote auch für individuelle Hilfen, z. B. Batterschein, Führerschein, Ausbildung. Wir sind sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank für das Plädoyer und Ihren Vortrag, Frau Munsch. Das Wort erhält Herr Meis, Leiter der Sozialen Dienste des Caritasverbands Koblenz e.V..

Herr Meis: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Sozialausschusses. Ich bedanke mich für die Einladung zur Expertenanhörung. Wir haben für Sie Rückmeldungen der CarMen gGmbH, der Bahnhofsmission, der Suchtberatungsstelle Zentrum für ambulante Suchtkrankenhilfe und der Fachberatungsstelle Menschen ohne Wohnung erhoben und zusammengefasst. Zur ersten Frage, welche Kriterien mehrheitlich auf die Personen am Bahnhof zutreffen, haben wir die von Ihnen schon in der Einleitung beispielhaft aufgeführten Kriterien geprüft, bewertet, ergänzt und priorisiert. Eine situative, subjektive Einschätzung der einzelnen

Dienste vor Ort wurde vorgenommen und auch prozentual bewertet, da sich nur die Bahnhofsmision in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof befindet. Augenscheinlich handelt es sich definitiv um Menschen in prekären Lebenslagen, deren Situation sich nicht einfach verbessern lässt. Da viele von Ihnen Alkohol konsumieren ist es wahrscheinlich, dass Sie zu mindestens einen problematischen Konsum haben oder auch suchtkrank oder durch teilweisen Langzeitkonsum chronisch erkrankt sind. Mehrheitlich handelt es sich um männliche Personen über 21 Jahre. Aus unserer Sicht ist es aber auch wichtig, die Personengruppe mit in den Blick zu nehmen, die sich nur gelegentlich dort aufhält. Es sind aus unserer Stichprobenerhebung nur ca. 25 Prozent an Personen, die keinen festen Wohnsitz haben. Es sind Menschen mit Doppeldiagnosen, die z. B. suchterkrankt sind und die ggf. auch eine psychische Erkrankung haben. Es sind auch Hundebesitzer mit zum Teil großen, wenig erzogenen Hunden. Gelegentlich sind es auch Frauen mit kleinen Kindern. Zur zweiten Frage, wie viele Personen sich durchschnittlich dort aufhalten: Auch wir gehen davon aus, dass es zwischen 15 und 30 Personen sind. Es variiert je nach Tageszeit, wie viele dort anzutreffen sind. Wir würden hier auch eine Unterscheidung vornehmen wollen zwischen Bahnhof, Busbahnhof, Busanzeige Sparkasse, Übergang Busbahnhof zur Landesbibliothek und Bänken der einzelnen Bussteige. Zur dritten Frage, welches Verhalten dort wahrgenommen wird, möchten wir folgende Rückmeldung geben: Vordergründig halten sich die Personen nicht einzeln, sondern in kleinen Gruppen dort auf. Und die von Ihnen schon in der Vorlage genannten sichtbaren Verhaltensweisen wie Alkohol- und Tabakkonsum und Verhaltensauffälligkeiten sind in Teilen zu sehen und werden bestätigt. Dazu gehört die Besetzung der Sitzgelegenheiten, lautstarkes und zum Teil auch unangemessenes Verhalten. Die vierte Frage des unmittelbaren persönlichen Kontakts betraf hauptsächlich zwei Dienste. Ein Teil der Menschen (ca. 15 Kontakte täglich) sucht die Bahnhofsmision auf und fragt nach alltagspraktischer Unterstützung. Dies können sein ein Telefonat, Gespräche, Getränke, ein kleiner Imbiss. Eine fehlende, öffentliche, entgeltfreie Toilettennutzung wird hier durchaus auch schon moniert und angesprochen. Die CarMen gGmbH als Anbieter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Integrationsbetrieb führt dort mit dem Smartmobil Reinigungsarbeiten durch. Dadurch besteht auch hier die Möglichkeit des unmittelbaren persönlichen Kontakts. Die Anzahl der Kontakte zu der Zielgruppe variiert. Zu Ihrer fünften Frage, welche Hilfen ein Teil dieser Menschen ggf. von uns schon erhalten hat möchten wir Ihnen entsprechend den einzelnen Bereichen die Rückmeldungen geben. Ein Teil der Menschen, die sich gerne am Bahnhof aufhalten, nutzen sicherlich auch Angebote unseres Tagesaufenthaltes, der Fachberatungsstelle Menschen ohne Wohnung in der Neustadt 20 am Koblenzer Schloss. Bei Personen, die wohnungslos sind und ihre postalische Erreichbarkeit sicherstellen müssen, richten wir diese auch bei uns ein. Wir bieten sowohl die Beratung als auch die Vermittlung in ambulante und stationäre Hilfsangebote in und außerhalb von Koblenz an. Dies ist aber aufgrund der fehlenden Ressourcen nur sehr eingeschränkt möglich, da die schon angebotenen Hilfen sehr stark nachgefragt sind und wir mehr als ausgelastet sind. Ein Teil der Menschen, die dort Alkohol konsumieren, einen problematischen Konsum haben oder suchtkrank sind, nimmt ggf. Angebote unserer Suchtberatung wahr. Zum einen in unserem Kontaktladen als niedrigschwelligem offenen Treff mit Möglichkeiten des Miteinanders, der Freizeit- und der Tagesgestaltung, sowie lebenspraktischen Hilfen wie Duschköglichkeit, Wäsche waschen und der Unterstützung bei Alltagsproblemen. Der Aufenthalt ist aber gemäß den Öffnungszeiten begrenzt und beinhaltet ein Verbot des Konsums von Suchtmitteln, zu denen auch Alkohol und Tabak zählen. Bei einem größeren Suchtdruck werden aber dann ggf. die Angebote der Einrichtung verlassen und die Aufenthaltsdauer ist dadurch begrenzt. Auch das Konsumverhalten hat sich geändert. Durch einen teilweise ausgeprägten Beigebrauch von Kräutermischungen und/ oder Medikamenten und/ oder Alkohol können Konsumierende berauschter erscheinen. Wir bieten auch psychosoziale Beratung und Begleitung als Einzel- und Gruppenangebote für Menschen an, die suchtkrank sind und die ggf. auch von niedergelassenen Ärzten mit Ersatzstoffen behandelt werden. In der Bahnhofsmision werden in gemeinsamer Trägerschaft mit der Diakonie neben den klassischen Umsteighilfen auch die Räumlichkeiten zunehmend als Schutzraum von Bedürftigen, Einsamen, Armen und Menschen in besonders prekären Lebenssituationen aufgesucht. Hilfe von ehrenamtlichen Mitarbeitern erfahren

dort im ganzen Jahr rund 5.000 Menschen. Die eben benannte Zielgruppe erfährt durchschnittlich 15 Kontakte am Tag mit lebenspraktischer Hilfe, Beratung, Informationen, Aufenthalt und Erfrischung. Ein Teil dieser angesprochenen Zielgruppe ist auch in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der CarMen gGmbH eingebunden. Die sechste Frage, wie hoch die Bereitschaft erscheint, Hilfen in Anspruch zu nehmen, ist aus unserer Sicht von mehreren Punkten abhängig. Zentral erscheint uns die konkrete Ansprache der Zielgruppe, die auch entscheidend für das weitere Angebot ist. Alltagshilfen werden generell gerne in Anspruch genommen. Das lässt aber keine Aussage über die generelle Bereitschaft zur Veränderung der Lebenssituation zu. Hilfen und Angebote, im Besonderen in der Suchtberatung, werden aufgrund des Konsumverbotes in unseren Räumlichkeiten dann nur teilweise genutzt. Den Konsum teilweise einzuschränken oder gar nicht zu konsumieren ist aber auch mit Rücksicht auf diejenigen, die sich dort aufhalten und Hilfe und Unterstützung suchen, um eben nicht mehr zu konsumieren, die Voraussetzung für das Aufrechterhalten dieses niedrigschwelligen Angebotes unseres Tagesaufenthaltes. Zur siebten Frage, warum sich denn die Personen hauptsächlich am Hauptbahnhof aufhalten: Bahnhöfe sind zentrale Treffpunkte, die jeder kennt. Sie sind ein öffentlicher Raum, der von jedem aufgesucht werden kann. Bahnhöfe als sozialer Raum bieten auch immer eine interessante Szene. Es reizt viele sich dort aufzuhalten, weil die zentrale Lage, die Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln, die Möglichkeit, Bekannte und Freunde aufzusuchen und treffen zu können, die Nähe zu medizinischen Einrichtungen, die dort aufgesucht werden müssen, wie ein Knoten- oder auch Versorgungs-Knotenpunkt erscheint. Nicht zu unterschätzen ist, dass sich auch viele Menschen einsam fühlen und dass das Verweilen am Bahnhof für diese Menschen unter einem ganz anderen Gesichtspunkt von Bedeutung sein kann: es ist die Möglichkeit, diesem Gefühl entgegenzuwirken und sich mit anderen über die eigenen Probleme austauschen zu können. Wenn diese Menschen in prekären Lebenssituationen zudem über keinen oder schlechten Wohnraum verfügen, ist es nachvollziehbar, dass man sich dann lieber auch an anderen Orten aufhält. Zudem erscheinen der Erwerb und die Möglichkeit des Konsums von Tabak oder auch Alkohol am Bahnhof leicht möglich. Zur achten Frage, was aus unserer Sicht die größte Problemlage dieser Menschen ist: Es wurde auch schon ganz am Anfang formuliert, dass die sozialen und familiären Bindungen oft nicht sehr ausgeprägt sind. So entstehen Schwierigkeiten, sich in ein soziales Umfeld einzugliedern und mit ihrem „So sein“ wirklich so leben zu können, dass es das Umfeld nicht stört und sie angenommen werden, wie sie sind. Aus unserer Sicht halten sich Menschen eben dort auf, die überwiegend keine andere Tagesstruktur kennen, keine oder kaum berufliche Perspektiven haben oder entwickeln oder umsetzen können und von Arbeitslosigkeit bedroht oder arbeitslos sind. Für diese Menschen gibt es wenig Aufenthaltsmöglichkeiten inkl. Sanitäranlagen mit Betreuung. Für Menschen, die auch noch ein problematisches Suchtverhalten zeigen, gibt es aus unserer Sicht zu wenig stationäre Hilfs- oder auch Übernachtungsangebote. Und für wohnungslose Menschen gibt es keine ausreichenden, individuellen und würdigen Unterkunftsangebote in Einzelzimmern. Und auch die bisher vorgehaltenen scheinen aus unserer Sicht und dem, was wir in der ambulanten Wohnungslosenhilfe erleben, nicht ausreichend. Zur neunten Frage, wie man die persönliche Situation der betroffenen Menschen verbessern kann: Aus unserer Sicht kann sie nur dann verbessert werden, wenn Ressourcen zur Klärung der Bedarfe bereitgestellt und daraus Hilfen abgeleitet werden. Hier bleibt aber gleichzeitig festzuhalten, dass aufsuchende Arbeit nicht von Erwartungen überfordert werden darf und auch an Grenzen stößt. Aber sie kann sicherlich gestärkt werden. Konkrete Angebote könnten hier ambulante Hilfen sein, tagesstrukturierende aber auch arbeitsmarktpolitische Projekte. Bezogen auf suchtkranke Menschen, die noch nicht auf ihren Konsum verzichten können, wäre es wünschenswert, wenn man spezifische auf diese Zielgruppe zugeschnittene arbeits- und tagesstrukturierende Aktivierungs- und Beschäftigungsprojekte entwickeln würde. Beispielhaft gibt es in Köln die Maßnahme „Kölner Feger“. Es gibt also verschiedene Modelle, die man durchaus überlegen kann. Zu einer Entschärfung der Situation wird definitiv eine Toilettenanlage beitragen. Idealerweise sollte diese an eine Aufenthaltsmöglichkeit angebunden sein, in die eine niedrigschwellige Begleitung und gute Vernetzung aller Hilfeangebote eingebettet ist. Das Ziel des sozialräumlichen Handlungsansatzes ist

für uns die Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen, so dass Stärkung ihrer Teilhabe und Mobilisierung ihrer Selbsthilfekräfte möglich wird. Dies kann eigentlich nur bedeuten, dass man eine Sozialraumanalyse am Bahnhof mit allen Beteiligten erstellen muss. Parallel empfehlen wir Projekte zu sichten, die beschreiben, wie in anderen Städten mit der Situation umgegangen wurde und ob eine gemeinsame Anlaufstelle und Abstimmung der Hilfs- und Aktivierungsangebote zur weiteren Entschärfung der Situation beitragen kann. Aus unserer Sicht kann dies sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das subjektive Sicherheitsempfinden erhöhen und dadurch auch einer weiteren Verelendung und Ausgrenzung entgegenwirken. Dazu tragen wir gerne mit bei. Da unsere Hilfsangebote aber alle freiwillig sind, sind wir darauf angewiesen, dass die Bereitschaft vorliegt sie anzunehmen und wir diese Bereitschaft fördern können, gerne in Abstimmung mit allen andern. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Meis.

Herr Oberbürgermeister Langner: Es gibt keine Fragen. Dann können wir direkt weitermachen mit Herrn Weber, Streetworker der Schachtel e.V..

Herr Weber: Guten Tag, Herr Oberbürgermeister, guten Tag, meine Damen und Herren. Erst einmal vielen Dank für die Einladung, hier aus Sicht der Streetwork der Schachtel über die Situation der Wohnungslosen am Hauptbahnhof zu berichten. Wir haben uns die Mühe gemacht, die Daten aus unseren Kältebuseinsätzen von Dezember 2017 bis März 2018 zusammenzutragen. Im Grunde genommen haben wir Zahlen herausbekommen, die schon genannt wurden. Wir hatten insgesamt Kontakt zu 91 wohnungslosen Personen. Wir waren in dem Zeitraum im Stadtgebiet unterwegs und haben Station gemacht am Hauptbahnhof und im Innenstadtbereich. Wir haben auch in anderen Stadtteilen Menschen aufgesucht. Wir hatten am Hauptbahnhof Kontakt zu 38 Personen bei insgesamt 167 Kontakten. Es waren dabei 29 Männer und 9 Frauen. Im Innenstadtbereich waren es 48 Männer und 8 Frauen bei 156 Kontakten und in den anderen Stadtteilen wie Lützel und Moselweiß waren es insgesamt nur 8 Personen mit insgesamt 37 Kontakten. Bei den Problemlagen der Wohnungslosen ist auch zu beachten, wenn es sich um EU-Bürger handelt. EU-Bürger bringen oft Probleme mit: sie sind finanziell nicht abgesichert, sie haben keine Krankenversicherung und es gibt hohe Sprachbarrieren. Es wird deutlich, dass am Hauptbahnhof sehr oft Menschen mit Suchtverhalten und Suchterkrankungen angetroffen werden. Aber auch die psychische Problematik spielt dort immer wieder eine Rolle. Dort sind eher weniger EU-Bürger anzutreffen. Im Innenstadtbereich kehrt sich dieses Bild schon ein Stück um. Wir haben die soziale Lage der wohnungslosen Menschen am Hauptbahnhof nach dem Einkommen betrachtet. Wir haben festgestellt, dass von den 38 Menschen 16 im Arbeitslosengeld II-Bezug waren, 3 sich mit Betteln über Wasser hielten und 3 eine Rente bezogen haben. Es waren auch 2 dabei, die ohne Job waren und bei 14 bestand keine Kenntnis über die Einkommensverhältnisse. Aus Koblenz kamen 25 Menschen. Es waren 7 Durchreisende, die sich nur kurzfristig oder immer mal wieder in Koblenz aufhielten. Zu 3 Personen liegen keine Informationen vor. Gründe für die Wohnungslosen, sich im Bereich des Hauptbahnhofes aufzuhalten, war unter anderem die Sicherheit: der Schutz vor Übergriffen, weil viele Menschen sich dort aufhalten und die rund um die Uhr ansprechbare Polizei. Ein weiterer Aspekt war, dass bei gesundheitlichen Problemen Hilfe sehr schnell vor Ort sein kann. Der Bahnhof als Gebäude ist für die Menschen auch ganz wichtig als Rückzugsort. Die Infrastruktur spielt natürlich auch eine große Rolle, z. B. Toiletten. Hier ist es immer wieder problematisch, dass der nötige Euro nicht da ist. Außerdem sind natürlich die Geschäfte wichtig, u. a. auch das Schnellrestaurant, in dem die Möglichkeit besteht, wenigstens nachts die ein oder andere Stunde gerade in den kalten Jahreszeiten zu überbrücken. Öffentliche Verkehrsmittel spielen für diese Menschen natürlich auch eine Rolle: zum Beispiel, um zu uns nach Lützel ins Mampf oder die

Sozialberatung zu kommen oder zum Jobcenter fahren. Außerdem ist zu sagen, dass die Menschen natürlich auch wirtschaftlich denken: Es ist ein guter Platz zum Betteln. Es kommen viele Menschen vorbei. Es ist natürlich auch ein sozialer Raum für wohnungslose Menschen: sie treffen Freunde und Bekannte. Sie sehen Menschen und haben die Möglichkeit, sich anonym dort aufzuhalten. Dies ist ein Bild vom 03.08.2015: zu sehen ist genau die Problematik des Hauptbahnhofs. Es ist zu sehen, dass auch Behinderte immer wieder am Hauptbahnhof anzutreffen sind. Für wohnungslose Behinderte gibt es in Koblenz überhaupt keine Unterbringungsmöglichkeit und keinen Schutzraum oder eine andere Einrichtung in dem Sinne. Für einen Suchtkranken, der sich noch nicht entscheiden kann in eine Therapie zu gehen und eine Entgiftung zu machen, gibt es keine Unterbringungsmöglichkeiten, keine Wohnräume und keine Schutzräume. Die Folgen sind ein auffälligeres Verhalten und Kriminalisierung, wenn die Personen in der Situation gelassen werden. Sie haben wenig Aussicht, dort herauszukommen. Um die persönliche Situation zu verbessern ist es sehr wichtig, Wohnraum und Schutzraum anzubieten. Hier stellt sich auch die Frage nach Sozialwohnungen mit Belegungsrechten. Bei vielen unserer Betreuten besteht keine Möglichkeit, das wirtschaftlich zu stemmen. Die Koblenzer Wohnbau, die einen wirtschaftlichen Maßstab anlegt, sagt, dass es zu viele Problemlagen gibt und sie das so nicht umsetzen können. Es müssten Angebote unter Berücksichtigung der individuellen Situation mit Behinderung, Hundehaltung etc. angeboten werden. Es müsste ein schnellerer und breiterer Zugang zum Hilfesystem stattfinden. Wir sehen bei den Menschen, die wir am Hauptbahnhof antreffen und die wir dort auch betreuen, den Bedarf eines Case-Managements. Die Menschen gehen oftmals tatsächlich punktuell in eine Beratung, z. B. zur Suchtberatung oder in die Wohnungslosenhilfeberatungsstellen. Sie haben dann dort Kontakte, können diese aber leider nicht weiterführen. Und da wäre es ganz wichtig, dass, wie Herr Frietsch schon beschrieben hat, eine Begleitung stattfindet. Damit dort auch wirklich jemand einen Prozess anstößt, der die Situation des Einzelnen verbessern kann und diesen begleitet. Die Situation am Hauptbahnhof könnte sich unserer Meinung nach erst einmal klar durch eine Toilettenanlage mit Hygienebereich entspannen. Es wäre wichtig, einen kostenfreien Zugang zu haben mit Öffnungszeiten von idealerweise 24 Stunden am Tag und 7 Tagen in der Woche. Dies müsste natürlich behindertengerecht sein und einen Hygienebereich mit einer Dusche haben. Ganz wichtig ist, dass gerade Rollstuhlfahrer, die eben auch immer wieder bei den Kollegen der Caritas und bei uns im ambulanten Bereich anzutreffen sind, sonst leider nur bedingt den Hygienebereich aufsuchen könnten. Angebote der Beratung und medizinische Hilfen sollten dort in Räumlichkeiten mit diskretem Zugang angegliedert sein. Es sollte dort die Möglichkeit bestehen, Informationen über das gesamte Hilfesystem zu erhalten. Eine Möglichkeit wäre, Sprechzeiten der Beratungsstellen am Hauptbahnhof anzubieten, sodass zumindest an verschiedenen Tagen dort Ansprechpartner der unterschiedlichen Bereiche anzutreffen sind. Die Verbesserung der Zusammenarbeit wäre noch ein wichtiger Punkt. Ich komme noch einmal zurück auf das Bild von 2015 mit der katastrophalen Situation am Hauptbahnhof. Damals hat ein Kreis mit Frau Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein zusammengesessen und konkret nach Hilfen gesucht. Das Ergebnis war, dass einer Frau eine Wohnung angeboten werden konnte und zudem weitergehende Hilfen in der Suchtberatung stattgefunden haben. Ich glaube, dass das die Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und den Beratungsstellen gebracht hat. Wir haben bei der Schachtel eine Stelle für einen Streetworker und es ist schwierig, viel abzudecken. Man muss sagen, am Hauptbahnhof bildet sich nur ein kleiner Teil der Probleme von Wohnungslosigkeit in Koblenz ab. Für die Schachtel kann ich sagen, dass die Entwicklung der Beratungszahlen der letzten drei Jahre stetig angestiegen ist von 269 im Jahr 2015 auf 356 im Jahr 2017. Wir sehen für uns auch die Schwierigkeit, dem gerecht zu werden. Ich komme noch einmal darauf zurück, was vorhin vom Herrn Frietsch angesprochen wurde: die Ansprache der Leute und der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses. Das ist natürlich nur möglich, wenn man die Zeit dazu hat, wenn man jedem gerecht werden kann und wenn man aufgrund des Vertrauensverhältnisses die Menschen ein Stück weit begleiten kann. Es ist unsere Erfahrung, dass es nicht damit getan ist, den Betroffenen einen Zettel in die Hand zu geben mit einem Termin, z.B. bei den Kollegen der stationären Einrichtung, sondern man muss dort wirklich auch begleiten.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Weber. Gibt es Fragen? Herr Paul.

Herr Paul: Ich habe zwei Fragen. Sie haben gesagt, man sollte eine Toilette, die 24 Stunden benutzbar sein soll und auch eine Beratungsstelle einrichten. Solch eine Infrastruktur kostet natürlich auch Steuergelder. Haben Sie eine Summe oder eine Vorstellung, wie das Budget ausfallen müsste?

Herr Frietsch hat in seinem Vortrag gesagt, dass er nicht die Gefahr sieht, dass dort ein Ballungsgebiet entsteht oder sich die Szene verdichtet, wenn sowas dort entsteht. Wie sehen Sie das? Denn wir haben im ersten Vortrag gehört, dass das eine Präsentationsfläche der Stadt ist. Und das Image oder die Visitenkarte ist durchaus ein Interesse, das die Stadt hat.

Herr Weber: Bei der Finanzierung ist die Frage, was es an Räumlichkeiten gibt. Was gibt es vielleicht an städtischen Immobilien oder was ist bei der Bahn möglich? Von daher kann ich nichts zum Finanzierungsbedarf sagen. Ich würde sagen, es ist ein Anziehungspunkt. Anfang 2015 war das ein Thema. Jetzt ist es wieder ein Thema. Vielleicht wird es in den nächsten Jahren wieder ein Thema werden. Um die Situation wirklich zu verändern ist es wichtig, das man dort auch drangeht: das bedeutet, Wohnraum, Schutzraum und Ansprechpartner zu haben, die das begleiten.

Herr Oberbürgermeister Langner: Ich sehe keine weiteren Fragen. Vielen Dank, Herr Weber. Nun darf Herr Grabe vom DRK Kreisverband Koblenz das Wort ergreifen.

Herr Grabe: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, guten Tag. Ich darf Ihnen etwas zum Hauptbahnhof aus rettungsdienstlicher Sicht sagen. Die Gunst des späten Redners ist, dass vieles gesagt ist und vieles sich mit den Erkenntnissen der Vorredner deckt. Wir haben den Zeitraum vom 20. September 2017 bis 25. Juli 2018 betrachtet. Das sind ziemlich genau 10 Monate. In diesen 10 Monaten waren wir insgesamt mit allen Organisationen, die in Koblenz rettungsdienstlich aktiv sind, 391 Mal am Einsatzort Hauptbahnhof. Das heißt, es gab im Durchschnitt 1,3 Einsätze pro Tag am Hauptbahnhof. Diese Zahl bitte ich allerdings in zwei Richtungen zu relativieren. Eine Relativierung ist, dass wir natürlich nicht nur den Personenkreis versorgen, über den wir hier sprechen. Wir haben am Hauptbahnhof das Einsatzgeschehen mit vielen Reisenden, die unterschiedliche Schwierigkeiten haben. Also betrifft nur ein Teil der Einsätze den Personenkreis, mit dem wir uns hier beschäftigen. Auf der anderen Seite haben wir im unmittelbaren Umfeld vom Hauptbahnhof andere Einsatzorte, die auch gemeldet werden und wo wir unseren Personenkreis versorgen, z. B. bei Lidl oder bei Arztpraxen. Insofern müssen die beiden Einschränkungen angenommen werden. Zur Zusammensetzung des Einsatzgeschehens: in 15 Prozent der Einsätze wurden aufgrund der Notrufmeldung sofort der Notarzt und der Rettungswagen alarmiert. In 20 Prozent der Einsätze ist es durchaus ein zeitkritisches Einsatzgeschehen, so dass der Rettungswagen mit Sondersignal fährt. 30 Prozent der Einsätze werden mit einem Rettungswagen ohne Sondersignal bedient und in 35 Prozent wird nur ein Krankenwagen entsendet. In diesen Einsätzen ist deutlich, dass die Zeitkritik nicht sehr ausgeprägt ist. Das Einsatzaufkommen ist vorwiegend tagsüber zwischen 7:00 und 23:00 Uhr zu verzeichnen. In den Kernnachtstunden zwischen zwei, drei und vier Uhr sind Einsätze sehr selten. Wenn, diese nötig werden, dann meistens am Wochenende. In der Regel geschieht das alles also tagsüber. 30 Prozent aller Einsätze haben keinen Transport zur Folge: häufig bleiben die Leute vor Ort, wollen nicht mitkommen oder es ist nicht so schlimm, wie man es angenommen hatte. Bei hilflosen Personen mit Trunkenheit ist es häufiger, dass sie sich doch wieder einigermaßen sortieren

können und sagen, dass sie nicht mitfahren wollen. Zielort unserer Transporte, wenn ein Transport stattgefunden hat, ist vorwiegend Koblenz. Ungefähr 10 Prozent der Einsätze enden in Andernach. Es lässt dann auf eine psychische Indikation schließen, wenn die Betroffenen in die Rhein-Mosel-Fachklinik gefahren werden. Die am häufigsten verwendeten Einsatzstichworte sind: bewusstlose Person, Synkope – das ist eine kleine Bewusstlosigkeit, hilflose Person, Trunkenheit, Intoxikation und chirurgischer Anlass. Chirurgische Anlässe wie Kopfplatzwunden oder sonstige Wunden machen nur 5 Prozent aus. Ansonsten dominieren hier die bewusstlose Person, die Trunkenheit und die Intoxikation mit jeweils 20 Prozent. Wird die Einsatzintegration etwas unter dem Fokus „Soziale Einsatzintegration“ im Kontext mit Alkohol, Drogen, hilfloser Person, Zwangseinweisung und Verwirrtheit betrachtet, sind es etwa 50 Prozent der Alarmierungen, die in diese Richtung weisen. Mit dem Hinweis, dass wir als Rettungsdienst natürlich immer ein bisschen der Besenwagen sind, komme ich zum Fragenkatalog. Die Personen, die müde sind oder nicht mehr können, fahren wir weg. Wir können an der Ursache meistens nichts mehr machen. Die zugehende individuelle Sozialarbeit dürfte da wahrscheinlich das Rezept sein. Wir haben sehr viele kompetente Kollegen hier in der Koblenzer Wohlfahrtslandschaft, die gute Arbeit leisten. Die Patientenlientel ist überwiegend männlich und meistens über 21 Jahre alt. Etwa 80 Prozent der Patienten sind ohne festen Wohnsitz oder befinden sich in einer sozial prekären Lebenssituation. Überwiegend handelt es sich um Empfänger von Sozialleistungen. Bei fast allen Patienten scheint eine Suchtproblematik vorzuliegen, sehr häufig verbunden mit Alkohol- oder Drogenkonsum und einhergehender Verhaltensauffälligkeit. Während der rettungsdienstlichen Präsenz sind Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Belästigungen von Passanten oder aber auch von unserem Personal eher selten. Insgesamt sind unsere Patienten für die Hilfeleistungen sehr offen. Sie nehmen diese gerne in Anspruch, ohne dass sie sich wehren usw.. Zum Teil handelt es sich um rettungsdienstliche Stammkundschaft: Häufig ist es so, dass wir die gleichen Personen in der Woche oder im Monat drei-, vier- oder fünfmal versorgen. Das wäre es aus rettungsdienstlicher Sicht zum Thema Hauptbahnhof. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Grabe. Ich sehe keine Fragen. Dann begrüße ich Herrn Nießen von der Jugendkunstwerkstatt. Sie haben das Wort.

Herr Nießen: Vielen Dank. Ich möchte mich kurz vorstellen. Mein Name ist Christof Nießen. Ich bin Leiter der Jugendkunstwerkstatt in Koblenz. Obwohl ich in meinem Studium eine längere Zeit in der Nichtsesshaften-Hilfe gearbeitet habe, sehe ich mich nicht unbedingt als Experte für die Personen, die sich dort am Bahnhof aufhalten. Aus dem Studium habe ich ein bisschen Resterfahrung, wenn ich das so sagen darf. Aber ich spreche hier eigentlich mehr vor dem Hintergrund, dass wir unsere Einrichtung im Kurt-Esser-Haus haben. Es befindet sich bekanntlich direkt am Hauptbahnhof, direkt am Busbahnhof. Es ist in der Bedarfsträgerschaft des Jugendamtes. Im Kurt-Esser-Haus befindet sich im 2. Stock der Medienladen. Dort kann man diverses medienpädagogisches Material ausleihen und dort werden Angebote für Kinder gemacht. Wir sind im 1.Stock und im Erdgeschoss. Auch wir haben ein Angebot für Kinder und Jugendliche. Im Jugendtreff Maulwurf sind ebenfalls Jugendliche aktiv. Wir haben einmal überschlagen: Es sind durchschnittlich an einem ganz normalen Tag 200 Jugendliche und Kinder bei uns im Haus. Es fängt an bei Fünfjährigen und endet bei +/- zwanzig Jahren. Dazu kommen regelmäßige und unregelmäßige Angebote, die alle drei Institutionen für Schulklassen veranstalten. Dann kommen am Tag nochmal vierzig bis fünfzig Schüler in den Morgenstunden dazu. Das ist die Fluktuation in dem Haus. Es bewegt sich eine ganze Menge an Kindern, Jugendlichen und natürlich auch Erwachsenen. Ich habe vor einiger Zeit dieses Feld betreten und gesagt, dass wir etwas für die Situation, die sich bei uns um das Haus herum zeigt, tun müssen: Es gibt eine tägliche Beschmutzung des Außengeländes mit Fäkalien aller Art. Das betrifft nicht nur das Wiesengelände, sondern auch die Bereiche zwischen den Büschen und zwischen den Autos sowie alle Hauseingänge. Darum müssen wir

und unser Hausmeister uns täglich darum kümmern. Irgendwann ist mir der Geduldsfaden geplatzt und ich bin an die Öffentlichkeit gegangen. Ich habe mit sämtlichen Fraktionen und mit den Kollegen vom Jugendamt gesprochen, auch in einer Jugendhilfeausschusssitzung. Ich erinnere mich, dass ich dort wohl einige drastische Worte gewählt hatte, da mich nur angewiderte Gesichter angesehen haben. Das ist der Gesichtspunkt, den wir tagtäglich erleben: wenn wir auf die Arbeit gehen, muss erst einmal ein Eimer Wasser geholt und agiert werden. Wir erleben das täglich. Wir sprechen auch die Männer und Frauen an und reden mit Ihnen darüber. Es gibt Momente, da werden wir beschimpft. Deshalb ist unsere Vorgehensweise, dass wir die Männer und Frauen immer aus einer Distanz ansprechen, damit wir uns nicht in Gefahr bringen. Wir haben aber auch ganz oft die Situation, dass die Menschen mit uns ins Gespräch kommen und sie ihre eigene Scham spüren und sagen: „Wir haben keine andere Chance. Wir wissen nicht, was wir machen sollen. Uns fehlt eine Toilettenanlage hier in der Region“. Das hat sich natürlich dadurch verschärft, dass die Toiletten nicht mehr kostenlos sind oder einige Einrichtungen sie schließen. Es hat sich in der letzten Zeit gezeigt, dass sie um 21 Uhr geschlossen sind. Wir haben gehört - und das ist auch unsere Beobachtung - dass es in den Abendstunden ruhiger wird. Auch die Beobachtungen im Allgemeinen stimmen ein Stück weit überein. Ich muss sagen, dass unsere Zahlen bei mehr als 15 bis 20 Personen liegen. Das sind mittlerweile Mindestzahlen. Es sind in den letzten Wochen und Monaten mehr geworden. Die Situation hat sich enorm verschärft. In den Dialogen mit den Menschen wird immer wieder klar, dass sie einen Ort suchen, an dem sie ihre Notdurft verrichten können. Sie sagen, sie brauchen etwas, wo sie hingehen können. Die Menschen gehen auch schon mal in das evangelische Stift, aber auch das geht nicht mehr. Man muss sich das auch mal vorstellen, dass in einer Region wie dem Hauptbahnhof keine öffentliche Toilette ist, die genutzt werden kann. Man kann jetzt auf der einen Seite sagen, dass das ein Problem der Menschen ist, die viel Alkohol trinken und sie sich nicht mehr im Griff haben. Aber in der letzten Woche habe ich eine Wandergruppe von unserem Grundstück verjagt, weil sie genau dieses Problem hatten. Diese 5 Herren haben klar gesagt, dass sie noch nie erlebt hätten, dass es keine Toilette gäbe. Ich glaube, dass man da möglichst schnell etwas machen muss. Meine Kolleginnen, haben noch nicht davon erzählt, dass sie am Busbahnhof angepöbelt worden sind, auch nicht für Geld. Diese Beobachtungen haben sich ein Stück weiter in die angrenzende Löhstraße verlagert: in der Löhstraße wird um Geld gebettelt und nicht in diesem Zentrum, in dem sie sich sonst treffen. Das wird subjektiv von uns wahrgenommen. Es sind Stichpunkte, die man nicht verallgemeinern kann. Wir würden uns freuen, wenn hinsichtlich der Installation einer Toilettenanlage möglichst zeitnah etwas geschieht. Ich glaube, andere Ämter sind da auch schon auf dem Wege zu erarbeiten, was möglich ist. Die momentane Situation geht in die Richtung, dass wir irgendwann fragen müssen, ob es durch das, was wir um das Kurt-Esser-Haus herum erleben, irgendwann gesundheitliche Probleme gibt. Es muss eine kurzfristig bis maximal mittelfristige Lösung gefunden werden. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Nießen. Gibt es Fragen? Frau Wierschem.

Frau Wierschem: Trifft es zu, dass sie neben Fäkalien auch Reste von Drogenkonsum auf dem Gelände finden? Ist es auch schon zu sexuellen Handlungen in dem Bereich gekommen, die man dann beobachten konnte / musste?

Herr Nießen: Zum letzteren: nein. Zum ersteren: einmal. Wir haben einmal einen jungen Mann mit Spritze erwischt. Der Kollege hat damals gut reagiert und sofort von Weitem „Hallo“ gerufen. Dann war die Situation für uns erledigt. Aber wir haben diese Beobachtung erst ein einziges Mal in dem letzten Jahr gemacht. Es gab Phasen vor zwei bis drei Jahren, in den bei uns im Hinterhof häufiger gedealt wurde. Das wurde bemerkt und mit dem Jugendamt besprochen. Alle, die bei uns arbeiten,

gehen sehr offensiv damit um. Das heißt, wir sprechen die Leute sofort an. Und von dem Zeitpunkt an, an dem die Menschen merken, dass sie beobachtet und gestört werden, nimmt dieses Verhalten ab. Es ist für sie dann kein sicherer Rückzugsort mehr. Alle Pädagogen im Haus sind angehalten, sofort die Situation zu melden. Die konkrete Information wird dann auch sofort im ganzen Haus weitergegeben, damit alle aufpassen und dagegenwirken können. Wir haben eine Verantwortung für Eltern und für Kinder, die im Haus ein- und ausgehen. Wenn wir in den Vormittagsstunden keinen Besuch im Haus haben öffnen sowohl der Jugendtreff Maulwurf als auch wir schon einmal die Toiletten für diesen Personenkreis. Sie können diese dann einzeln und unter Beobachtung benutzen, denn es ist auch schon einmal vorgekommen, dass in den Waschbecken Hose und Unterhose gewaschen wurden.

Herr Oberbürgermeister Langner: Vielen Dank, Herr Nießen. Gibt es Fragen? Frau Best-Liesenfeld.

Auf Nachfrage von Frau Best-Liesenfeld erläutert Herr Nießen: Sowohl von meinen Kolleginnen und meinen Kollegen als auch von Kindern und Eltern, zu denen wir einen sehr guten Kontakt haben, habe ich keine Beschwerden darüber gehört, dass Sie auf dem Weg zum Bahnhof, am Hauptbahnhof oder auf dem Gelände vor dem Bahnhof belästigt oder angesprochen worden sind oder sich gestört gefühlt haben. Prekär ist nur die Situation um unser Kernhaus herum. Dort werden sich Wortgefechte geliefert.

Herr Oberbürgermeister Langner: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Herr Nießen, vielen Dank. Allen Expertinnen und Experten an dieser Stelle noch einmal einen ganz herzlichen Dank. Ich glaube, dass wir seitens der Stadtverwaltung und seitens des Stadtrates das Thema und die Problematik rund um den Bahnhofsvorplatz sehr ernst nehmen. Das zeigt auch diese Expertenanhörung. Das, was Sie uns auf den Weg gegeben haben, werden wir jetzt in den Fraktionen, aber natürlich auch in der Verwaltung, bewerten. Wir werden in den entsprechenden Gremien beraten, was wir wie umsetzen können. Ohne jetzt eine Wertung von meiner Seite vornehmen zu können, glaube ich, dass man die subjektive und objektive Wahrnehmung in den Blick nehmen muss. Man muss sehen, dass es ein sehr komplexes Thema ist, in dem es letztlich auch keine einfachen Antworten gibt. Deswegen war es auch sinnvoll, dass wir diese Expertenanhörung heute durchgeführt haben. Ich möchte mich wirklich bei Ihnen allen noch einmal ganz herzlich dafür bedanken.

Die Präsentation von Herrn Dr. Fries ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Das Statement zum Fragenkatalog sowie die Tagungsdokumentation „Perspektiven für junge Wohnungslose“ von Herrn Prof. Dr. Frietsch und Herrn Holbach sind als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Das Kurzkonzept FreiRaum von Frau Munsch ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Die Präsentation von Herrn Meis ist als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

Die Präsentation von Herrn Weber ist als Anlage 5 der Niederschrift beigefügt.